



## **Wortprotokoll** der 49. Sitzung

### **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe**

Berlin, den 6. November 2023, 14:00 Uhr  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1  
Paul-Löbe-Haus, Saal PLH E.600

Vorsitz: Norbert Maria Altenkamp, MdB

## Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

**Einzigster Punkt der Tagesordnung**                      **Seite 7**

Öffentliche Anhörung:  
"Verschärfung der Nahrungsmittelunsicherheit und  
Wasserknappheit – Ursachen, Folgen und  
Lösungen"



## Geladene Sachverständige

**Prof. Alena Douhan<sup>6</sup>**

Sonderberichterstatteerin der Vereinten Nationen zu den negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen

**Dr. Martin Frick<sup>1</sup>**

Direktor des Global Office Berlin, Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen

**Bernhard Kowatsch<sup>2</sup>**

Leiter des Innovation Accelerator, Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen

**Prof. Dr. Matin Qaim<sup>4</sup>**

Direktor des Zentrums für Entwicklungsforschung (ZEF), Universität Bonn

**Johannes Rück<sup>1</sup>**

Koordinator beim deutschen WASH-Netzwerk

**Sarah Schneider<sup>3</sup>**

Referentin für Landwirtschaft und Welternährung, Misereor

**Marlehn Thieme<sup>2</sup>**

Präsidentin der Deutschen Welthungerhilfe e.V.

**N.N.<sup>5</sup>**

1 auf Vorschlag der Fraktion der SPD zur öffentlichen Anhörung eingeladen

2 auf Vorschlag der Fraktion der CDU/CSU zur öffentlichen Anhörung eingeladen

3 auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur öffentlichen Anhörung eingeladen

4 auf Vorschlag der Fraktion der FDP zur öffentlichen Anhörung eingeladen

5 auf Vorschlag der Fraktion der AfD zur öffentlichen Anhörung eingeladen

6 auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE. zur öffentlichen Anhörung eingeladen



## **Fragenkatalog zur Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zum Thema "Verschärfung der Nahrungsmittelunsicherheit und Wasserknappheit – Ursachen, Folgen und Lösungen"**

### **Ursachen für Nahrungsmittelunsicherheit und mögliche Lösungsansätze sowie Auswirkungen von Sanktionen auf die Versorgung der Bevölkerung**

Die Nahrungsmittelunsicherheit und damit zusammenhängend der Hunger steigen in der Welt. Oft ist von den vier „C“s als Ursache für die verschärfte Krise die Rede: Konflikte, Klima, Covid-19 und steigende Preise (rising costs). Welche Faktoren spielen Ihrer Meinung nach die größte Rolle bei der Nahrungsmittelunsicherheit, und was kann die Bundesregierung unternehmen, um dieser Krise entgegenzuwirken? (SPD)

Mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung hat sich die Weltgemeinschaft das Ziel gesetzt, bis 2030 den Hunger zu beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung zu erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft zu fördern (SDG 2). Welche Ursachen und welche Folgen sehen Sie aktuell und langfristig als die größten Herausforderungen im Kampf gegen den Hunger, ist das Ziel im Jahr 2030 erreichbar und welche Maßnahmen und konkreten Instrumente bedarf es dafür? (CDU/CSU)

Da die Zahl der weltweit Hungernden sowie der Menschen, die als zeitweise ernährungsunsicher eingestuft werden müssen, weiter ansteigt, bedarf es kurzfristiger wie auch vorausschauender Lösungen, um im Rahmen humanitärer Hilfe Überleben zu sichern, sowie innovativer und pragmatischer Ansätze, um gleichzeitig Hunger nachhaltig zu bekämpfen. Welche Ansätze unter Einbezug welcher Akteure kommen aktuell zum Einsatz, wie entstehen neue unter Einbezug digitaler Technologien und wie wird ihre Wirksamkeit überprüft und entsprechend weiterentwickelt und wie kann die Breite der Geber vergrößert werden. (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen haben Sanktionen, insbesondere Wirtschaftskriege, auf die Versorgung der Bevölkerung, insbesondere besonders vulnerabler Gruppen wie Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderungen, Minderheiten etc. mit Nahrungsmitteln und Wasser, aber auch z.B. mit Medikamenten und Infrastruktur, und können die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte der Bevölkerung unter Sanktionsregimen gewahrt werden? (DIE LINKE.)

Inwieweit wirken sich Sanktionen, insbesondere Wirtschaftskriege, negativ auf die Bekämpfung des Welthungers aus, verhindern die Entwicklung sanktionierter Länder sowie den Wiederaufbau von im Krieg zerstörten Ländern und behindern die Umsetzung humanitärer Hilfsmaßnahmen und inwieweit macht der Trend zur Übererfüllung von Sanktionsvorschriften auch Ausnahmeregelungen zunichte? (DIE LINKE.)



### **Die Ressource Wasser als Teil der Daseinsvorsorge**

Die Klimakrise zeigt sich für viele Menschen als Wasserkrise. Welche Folgen haben die zunehmende Wasserknappheit, Dürren, Überschwemmungen, und Konflikte um die Ressource Wasser für die betroffenen Menschen und welche Potentiale sehen Sie in einer funktionierenden Daseinsvorsorge im Bereich Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene? (SPD)

### **Frauen und Mädchen als besonders betroffene Gruppen von Nahrungsmittelknappheit - Ursachen, Konsequenzen und Gegenmaßnahmen**

Was sind die Ursachen dafür, dass Frauen und Mädchen weltweit überdurchschnittlich häufig von Hunger und Nahrungsmittelknappheit betroffen sind und welche Konsequenzen ergeben sich daraus sowohl für die Betroffenen weiblichen Personen als auch für die Gesamtgesellschaft? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Ansätze und Maßnahmen, im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit, sind wirksam, um Nahrungsmittelknappheit und damit einhergehende Unter- und Mangelernährung inkl. der in Frage 1 genannten Konsequenzen, nachhaltig zu bekämpfen und welche Chancen eröffnen sich in diesem Zusammenhang durch den Ansatz der feministischen Außenpolitik? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Die internationale Gemeinschaft im Kampf gegen den Hunger**

Der Generaldirektor der Welternährungsorganisation Qu Dongyu wurde dieses Jahr für eine zweite Amtszeit bestätigt. China setzt auf eine möglichst hohe Produktion von Nahrungsmitteln und steht im Verdacht, die FAO für seine eigenen geopolitischen Zwecke zu nutzen, beispielsweise durch die Lieferung von in Europa verbotenen Pestiziden an Partnerstaaten der Entwicklungszusammenarbeit. Die Europäer betonen hingegen die Notwendigkeit von Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung. Wie bewerten Sie diese unterschiedlichen Ansätze, insbesondere im Hinblick auf das Ziel, den Hunger in der Welt bis 2030 zu beenden und Nahrungsmittelsicherheit für alle Menschen zu erreichen? Wie bewerten Sie generell die Strategie der FAO zur Hungerbekämpfung unter chinesischer Leitung? (FDP)

Vor fünf Jahren verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN) einstimmig die Resolution 2417 zum Schutz der Zivilbevölkerung, die den Zusammenhang zwischen Konflikten und Hunger anerkennt und den Einsatz von Hunger als Waffe als fundamentales Kriegsverbrechen einstuft. Dennoch ist immer wieder zu beobachten, dass Hunger als Waffe instrumentalisiert und gezielt als politisches Instrument missbraucht wird. Russlands wiederholte Blockade-Haltung bezüglich der Ausfuhr von ukrainischem Getreide verdeutlicht dies nur all zu treffend. Was kann / muss die internationale Gemeinschaft weiter tun, um den Einsatz von Hunger als Kriegswaffe nachhaltig zu unterbinden und wie kann für solche Fälle die Handlungsfähigkeit und Resilienz der lokalen Bevölkerung gestärkt werden? (FDP)



### **Konkurrenz um Ressourcen**

Welche Rolle spielt der Anbau von Energiepflanzen anstatt von Nahrungsmittelpflanzen bei einer Nahrungsmittelknappheit? (AfD)

Welche Rolle spielt das Bevölkerungswachstum für eine Nahrungsmittelknappheit und Wasserunsicherheit? (AfD)



### Mitglieder des Ausschusses

<b>Fraktion</b>	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
SPD	Droßmann, Falko Engelhardt, Heike Funke, Fabian Schwabe, Frank Sthamer, Nadja Türk-Nachbaur, Derya	Castellucci, Dr. Lars Dieren, Jan Heinrich, Gabriela Hennig, Anke Nasr, Rasha Özoğuz, Aydan
CDU/CSU	Abraham, Knut Altenkamp, Norbert Maria Brand (Fulda), Michael Geissler, Dr. Jonas Weiss (Wesel I), Sabine	Brehm, Sebastian Brodesser, Dr. Carsten Hoppermann, Franziska Lips, Patricia Winkelmeier-Becker, Elisabeth
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Lucks, Max Mijatović, Boris Walter-Rosenheimer, Beate	Khan, Misbah Pahlke, Julian Taher Saleh, Kassem
FDP	Alt, Renata Heidt, Peter	Lechte, Ulrich Link (Heilbronn), Michael Georg
AfD	Braun, Jürgen Sichert, Martin	Friedhoff, Dietmar Rinck, Frank
DIE LINKE.	Hunko, Andrej	Al-Dailami, Ali



### **Einziger Punkt der Tagesordnung**

Öffentliche Anhörung:  
**"Verschärfung der Nahrungsmittelunsicherheit und Wasserknappheit – Ursachen, Folgen und Lösungen"**

Der **stv. Vorsitzende**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Sachverständige, verehrte Gäste! Hiermit möchte ich Sie ganz herzlich willkommen heißen zu unserer 49. Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Ich möchte Sie sehr herzlich begrüßen zu unserer öffentlichen Anhörung mit dem Thema „Verschärfung der Nahrungsmittelunsicherheit und Wasserknappheit. Ursachen, Folgen und Lösungen“. Um in besonderer Weise Expertise in den heutigen Nachmittag zu bringen, möchte ich ganz herzlich unsere Sachverständigen begrüßen, die da wären, per Video zugeschaltet:

#### **Frau Professor Alena Douhan**

Sonderberichterstatteerin der Vereinten Nationen zu den negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen.

Dann darf ich hier im Saal begrüßen:

#### **Herrn Dr. Martin Frick**

Direktor des Global Office Berlin  
Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen,

#### **Herrn Bernd Kowatsch**

Leiter des Innovation Accelerator  
Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen,

#### **Herrn Professor Dr. Martin Qaim**

Direktor des Zentrums für Entwicklungsforschung ZEF an der Universität Bonn,

#### **Herrn Johannes Rück**

Koordinator beim Deutschen WASH-Netzwerk.  
Ich hoffe, ich habe es richtig ausgesprochen.

#### **Frau Sarah Schneider**

Referentin für Landwirtschaft und Welternährung bei Misereor und last but not least

#### **Frau Marlehn Thieme**

Präsidentin der Deutschen Welthungerhilfe e.V.

Seien Sie alle ganz herzlich willkommen! Neben den Kolleginnen und Kollegen auch der anderen Ausschüsse, die sich heute hier eingefunden haben oder per Webex sich dazu geschaltet haben. Außerdem möchte ich ganz herzlich wie immer auch die interessierten Gäste auf den Tribünen begrüßen. Und das ist sozusagen der reguläre Hinweis: Schalten Sie bitte Ihre Handys aus. Bitte keine Fotos machen und vor allem auch von Beifalls- und vor allem Missfallensbekundungen absehen. Sonst muss ich von meinem Hausrecht Gebrauch machen. Diese Anhörung ist öffentlich, sie wird live im Internet übertragen und natürlich ist sie auch anschließend in der Mediathek des Deutschen Bundestages abrufbar. Es wird ebenfalls ein Wortprotokoll erstellt und alle Stellungnahmen, auch der Sachverständigen, sind natürlich veröffentlicht und uns vorab zur Kenntnis gebracht worden. Wie üblich möchte ich die Ausschussmitglieder darum bitten, ihr Einverständnis zu geben, dass auch Mitglieder anderer Ausschüsse hier ein Rederecht haben. Ich sehe ihr Einverständnis und damit auch keinen Widerspruch. Zum Ablauf der Anhörung: Die Obleute haben sich im Vorfeld wie üblich auf ein Verfahren verständigt. Zunächst werden die Sachverständigen in alphabetischer Reihenfolge drei Minuten gebeten, ein Eingangsstatement zu geben. Wir werden dann anschließend eine Fragerunde durch die Fraktionen durchführen. Diese wird im Wechsel von Regierungs- und Oppositionsfraktionen durchgeführt, das heißt SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, AfD, FDP und die Linke. Jede Fraktion kann pro Runde eine beliebige Zahl von Fragen an bis zu zwei Sachverständigen stellen. Dafür haben sie zwei Minuten Zeit. Für die Beantwortung haben die Sachverständigen doppelt so lange Zeit, also vier Minuten. Und wir schauen mal, wir haben uns ja drei Stunden Zeit genommen für heute Nachmittag, wie viele Runden wir schaffen. Auf jeden Fall ist es mir wichtig, den Sachverständigen zum Ende noch mal drei Minuten für ein Abschlussstatement zu geben, damit sie die Fragen beantworten können, die Ihnen vielleicht nicht gestellt wurden. Das soll manchmal vorkommen. Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Dann verfahren wir auch so. Dann können wir starten



mit der Runde der Sachverständigen. Und ich bitte zunächst, der alphabetischen Reihenfolge geschuldet, Frau Professorin Alena Douhan, die per Video zugeschaltet ist, um ihr einleitendes Statement. Frau Douhan, Sie haben das Wort. Sie können sich, da verdolmetscht wird, auf Kanal vier die Übersetzung geben lassen. Frau Douhan, Sie haben das Wort.

SVe Prof. **Alena Douhan:** Vielen Dank. Guten Tag, meine Damen und Herren. Bevor ich mit der Stellungnahme beginne, lassen Sie mich Ihnen Folgendes erläutern. Zu Ihrem Verständnis: Ich wurde vom Menschenrechtsrat zur UN-Sonderberichterstatterin ernannt und befasse mich mit den Auswirkungen unilateraler Sanktionen auf die Menschenrechte. Ich bin folglich keine UN-Beamtin, sondern gebe diese Erklärung als unabhängige Expertin ab. Im Laufe meiner Arbeit habe ich festgestellt, dass unilaterale Sanktionen in Verbindung mit den Kosten für die übermäßige Einhaltung von Vorschriften sowohl auf das Erreichen aller Ziele für nachhaltige Entwicklung als auch auf das Erreichen aller Menschenrechte enorme Auswirkungen haben, einschließlich der Sustainable Development Goals (SDG), die für eine nachhaltige Ernährung und Ernährungssicherung auf der ganzen Welt sorgen sollen. Leider wird die Ernährungssicherung der Menschen in sanktionierten Ländern oft erheblich durch direkte oder indirekte Herausforderungen beeinträchtigt. Zu den direkten Herausforderungen gehört das Problem, dass Nahrungsmittel nicht in das jeweilige Land geliefert werden können. Dies ist insbesondere in den Ländern der Fall, die nicht in der Lage sind, sich im Bereich der Landwirtschaft und der Ernährungssicherung selbst zu versorgen. Die zweite unmittelbare Auswirkung betrifft Herausforderungen bei der Lieferung bestimmter Nahrungsmittelarten, wie zum Beispiel Babynahrung. Ein konkretes Beispiel hierfür ist Kuba, wo die Lieferung von Säuglingsmilch selbst dann über mehrere Monate hinweg blockiert wurde, als UNICEF versuchte, die Nahrungsmittel zu liefern. Es gibt jedoch auch eine Reihe indirekter Herausforderungen, die sich aus der übermäßigen Einhaltung von Vorschriften oder den weitreichenden Auswirkungen unilateraler Sanktionen ergeben. Wenn Länder nicht in der Lage sind, die Güter zu beschaffen, die für die Ernährungssicherung notwendig sind, wie

zum Beispiel spezielles Saatgut, landwirtschaftliche Maschinen, Maschinen zur Verarbeitung und Lagerung von Nahrungsmitteln und Ersatzteile für diese Maschinen, führt dies dazu, dass die nachhaltige Versorgung in diesen Ländern nicht mehr gewährleistet ist. Leider verhält es sich ähnlich bei der Verfügbarkeit von Transportmitteln und den damit verbundenen Herausforderungen bei der Lieferung von Nahrungsmitteln als humanitärer Hilfsleistung. Zwar werden in der Regel einige humanitäre Ausnahmen eingeräumt, doch sind diese oft weder effektiv noch effizient. Probleme bei der Abwicklung von Finanztransaktionen führen zu ähnlichen Lieferschwierigkeiten. Die Frage ist also, wie gezahlt, wie abgesichert und wie geliefert wird, denn diese Gebiete unterliegen oft Sanktionen, die eine vollständige Lieferung, selbst von humanitärer Hilfe, verhindern. Ich muss außerdem noch erwähnen, dass die Arbeit der humanitären Hilfskräfte ebenfalls betroffen ist, da sie ähnliche Herausforderungen zu bewältigen haben oder zu viele Auflagen erfüllen müssen. Vielen Dank.

Der **stv. Vorsitzende:** Vielen Dank für die Punktlandung. Sie haben alle das Zeichen gehört. Der Gong gibt Ihnen einen hilfreichen Hinweis, wann das Zeitlimit erreicht ist. Und insofern möchte ich nun das Wort Herrn Dr. Martin Frick übergeben.

SV Dr. **Martin Frick:** Sehr geehrter Herr stellvertretender Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, zunächst vielen Dank, dass Sie diese öffentliche Anhörung jetzt durchführen. Denn, und damit nehme ich gleich meine Schlussfolgerungen vorweg, das System humanitärer Hilfe weltweit steht vor dem Zusammenbruch. Wir haben alle die Bilder von Gaza vor Augen, aber wir dürfen nicht vergessen, und das muss ich ablesen, was alles seit Beginn dieses Jahres passiert ist: Da haben wir den Konflikt in Sudan, der die gesamte Region destabilisiert. Wir haben Erdbeben in Marokko, Sturzfluten in Libyen, Staatsstrieche im Sahel, Hunderttausende Flüchtlinge aus Armenien, Erdbeben mit Tausenden Toten in Afghanistan und jetzt die eskalierende Katastrophe im Nahen Osten. Gleichzeitig hätten wir eigentlich Anlass, 60 Jahre Welt-ernährungsprogramm zu feiern. Aber das tun wir





nicht. Denn wir haben eine andere Sicht, die uns schwere Sorgen macht und das sind 60 Prozent Unterfinanzierung. So miserabel war unsere Finanzierung noch nie, seitdem es das Welternährungsprogramm gibt. Wir müssen sagen, dass wir im System der humanitären Hilfe an einen Punkt gekommen sind, wo wir in manchen Gegenden der Welt nicht mal die elementarsten, wirklich unstrittig notwendigsten Maßnahmen treffen können. In Afghanistan zum Beispiel haben wir im letzten Jahr noch 23 Millionen Menschen versorgen und damit eine Hungersnot abwenden können. Aus diesen 23 Millionen Empfängerinnen und Empfängern sind 3 Millionen geworden. Und da sind sie dann an einem Punkt, wo Sie auch eine Witwe mit mehreren Kindern abweisen müssen, weil ihre Kinder noch nicht genug hungern. Das ist zynisch. Das kann man sehr, sehr schlecht rechtfertigen. Ich will aber ganz kurz in diesem Eröffnungsstatement in der Minute, die mir noch bleibt, vielleicht auf etwas hinweisen, was die spezifische Rolle Deutschlands ist. Deutschland war über viele Jahre der zweitgrößte Geber für das Welternährungsprogramm und das passt ins Bild. Das werden die Damen und Herren Sachverständigen auch bestätigen, dass Deutschland ein traditionell sehr großzügiger Geber ist. Das ist für sich natürlich gut und anständig. Es ist aber auch ein nicht zu unterschätzendes außenpolitisches Werkzeug. Es ist eine Möglichkeit soft power, also weiche Macht sozusagen, zu projizieren für ein Land, dem es gut ansteht eben nicht mit hard power zu operieren. Das wird weltweit gesehen, das wird geschätzt, und das ist auch ein außenpolitisches Werkzeug, das man nicht leichtfertig gefährden sollte. Vielen Dank.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Dr. Frick. Nun erteile ich Bernhard Kowatsch das Wort.

SV **Bernhard Kowatsch**: Vielen herzlichen Dank, Herr stellvertretender Vorsitzender. Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Gäste! Lassen Sie mich starten und auch erst einmal Danke sagen für diese Anhörung, in diesem Sinne zum Thema, aber auch um die Perspektive der Innovationen einzubringen. Wie mein Kollege Herr Dr. Frick schon gesagt hat: Wir stehen einerseits vor

massiven Herausforderungen, weltweit 345 Millionen akut hungernde Menschen in der Welt. Gleichzeitig stehen wir vor der Herausforderung, dass wir weniger Geldmittel als World Food Programme haben, aber wo natürlich auch Innovationen, Technologie und Arbeit mit Start Ups einen großen Beitrag dazu leisten können, zu sagen, "Wie können wir einerseits Nothilfe effizienter und effektiver machen, gleichzeitig aber auch komplett neue Lösungen finden, die ohne Innovationen nicht möglich wären?" Das ist die Arbeit, mit der wir uns beschäftigen, als Innovation Accelerator des Welternährungsprogrammes. Unser Sitz ist in München. Dazu muss ich auch sagen: Vielen Dank natürlich an Deutschland, sei es jetzt das Auswärtige Amt, aber auch das BMZ, oder auch in Bayern das Staatsministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten. Ohne die Pionierarbeit, die hier in der Unterstützung von Innovationen geleistet wurde, wäre die Arbeit nie gestartet. Und dafür sind wir sehr dankbar. Was ist aber jetzt daraus geworden? Wir führen dieses Jahr 16 verschiedene Social Impact Accelerator Programme durch, dies für verschiedenste Organisationen wie die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung, Staaten wie Österreich und Luxemburg, die US-Regierung, die dann wiederum Accelerator Programme durchführen, nicht nur im Ernährungsbereich, aber auch zum Thema Klimawandel, Gender Equality usw. Was ist aber das Resultat davon? Wir sehen jetzt : von uns unterstützte Innovationen haben 37 Millionen Menschen positiv beeinflusst. Und diese Innovation haben wiederum 200 Millionen Dollar an Fördermitteln eingesammelt. Das heißt, Innovationen funktionieren. Sie funktionieren auch mit großen Skaleneffekten. Und nur als Beispiel: eine der internen Innovationen, die wir unterstützt haben, heißt Optimus; das ist ein Datenanalyse Tool. Mit dem haben wir schon 50 Millionen Dollar an Geld eingespart, das wieder zurück investiert wurde in Ernährungsunterstützung. Gleichzeitig haben wir Start Ups, Versicherungen der Privatwirtschaft, um dann die Nothilfe in Zukunft verringern zu können. Und lassen Sie mich damit schließen: Innovationen sind – gerade in der Situation, in der wir jetzt sind – aber auch vorausschauend, eine Möglichkeit, in die Zukunft zu investieren. Das heißt, es ist wichtig, einerseits mit der Nothilfe die Probleme zu bedienen, gleichzeitig aber auch in die Zukunft zu



investieren, damit man effizienter und effektiver wird in der Zukunft. Und das ist aus meiner Sicht eine große Herausforderung, aber auch eine Möglichkeit. Vielen herzlichen Dank.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Ich muss Ihnen ein Kompliment machen, dass Sie alle „Punktlandungen“ machen. Das schaffen nicht alle Experten. Herr Professor Dr. Qaim.

SV Prof. Dr. **Matin Qaim**: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Verehrte Damen und Herren, derzeit hungern fast 800 Millionen Menschen. Damit ist das Recht auf Nahrung das am stärksten verletzte Menschenrecht weltweit. Insofern ist es richtig, dass dieser Ausschuss sich mit dem Thema beschäftigt. Man könnte manchmal den Eindruck haben, alles wird schlechter. Das stimmt nicht, das führt zu Pessimismus. In den letzten 50 Jahren wurden auch deutliche Fortschritte insgesamt in der Hungerbekämpfung gemacht. Nur ist es so, dass eben seit 2015 die Zahlen stagnieren und sogar wieder in die Höhe gehen. Und dafür sind unter anderem die von Kollege Frick gemachten Phänomene mitverantwortlich. Wir dürfen aber auch nicht aus den Augen verlieren, dass es nicht nur um die akuten Krisen geht. Darum geht es natürlich auch. Aber es geht auch um rückläufiges Produktivitätswachstum in der Landwirtschaft weltweit und das bei weiter stark steigender Nachfrage. Wir dürfen auch nicht aus den Augen verlieren, dass die Zahlen um den Hunger sich immer nur auf den Mangel an Kalorien beziehen und dass insgesamt noch sehr viel mehr Menschen an Mikronährstoffmangel leiden. Fast drei Milliarden Menschen weltweit können sich keine ausreichend gesunde Ernährung leisten. Und das betrifft in großem Maße Frauen und Kinder. Dieses Problem gesunde Ernährung, Mikronährstoffmangel verdient auf jeden Fall größere Aufmerksamkeit beim Thema Ernährungssicherung. Das Ziel Ernährungssicherung muss gemeinsam gedacht werden mit den Zielen um Umwelt und Klima. Stichwort: Planetare Gesundheit. Die Landwirtschaft und Ernährung sind für 80% des weltweiten Biodiversitätsverlusts verantwortlich, für rund ein Drittel der menschengemachten Treibhausgasemissionen. Der Hauptfaktor dabei ist die Ausdehnung des Ackerlands in Naturräume. Und deswegen ist die

Herausforderung, mehr Nahrung auf weniger Fläche und mit geringeren Umwelteffekten zu produzieren. Der Klimawandel ist eine besondere Herausforderung. Er hat bereits heute negative Effekte auf die Ernährung und Landwirtschaft. Aber diese könnten deutlich schlimmer werden, in der Zukunft und das vor allen Dingen in tropischen Regionen. Dort nicht nur, wo die armen Menschen leben, sondern auch, wo diese armen Menschen in besonderem Maße von der Landwirtschaft abhängig sind. Die Prognosen für den möglichen Anstieg des Hungers und der Fehlernährung durch den Klimawandel sind sehr besorgniserregend. Es muss also dringend gehandelt werden und nie war das dringender, als es heute ist. Mit Blick auf die Katastrophen heute und das, was wir in Zukunft erwarten. Dazu gibt es natürlich Einiges zu sagen. Das schaffe ich in den verbleibenden Sekunden nicht. Aber wir müssen erkennen, dass wir über neue Technologien auch die Landwirtschaft produktiver, umweltfreundlicher machen müssen und dass wir auch nachhaltiger im Konsum werden müssen. Ich will das Stichwort Fleisch nennen, das Stichwort Bioenergie, möchte aber zum Abschluss noch ganz kurz erwähnen, dass ich die Bundesregierung dazu aufrufe, tatsächlich das, was in der Global Alliance for Food Security angeschoben wurde, nicht nur als Lippenbekenntnis stehen zu lassen, sondern mit soliden Finanzen auch zukünftig zu unterfüttern. Vielen Dank.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Als nächstes erteile ich das Wort Johannes Rück.

SV **Johannes Rück**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Geschätzte Abgeordnete! Danke auch für die Einladung und auch noch meinen Dank dafür, dass Sie zwei wichtige Themen miteinander verknüpfen: Nahrungsmittelkrise und Wasserkrise, die man ohne einander kaum denken kann. Ich bin Koordinator des WASH-Netzwerks, das sind 29 deutsche NROs, die sich für WASH - Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene weltweit einsetzen. Wir implementieren in circa 70 Ländern, wenn man alle zusammennimmt, und sind ein Stück der Ansprechpartner für die Politik, BMZ, AA, BMUV, im Wasserbereich geworden und natürlich auch für Parlamentarier und



Parlamentarierinnen. Wir stehen für circa 80 % der deutschen zivilgesellschaftlichen Projekte mit einer signifikanten WASH-Komponente, die Deutschland fördert. So viel zu uns. Bei uns in den Mitgliedsorganisationen gibt es reiche Expertise. Deswegen können wir auch die Querbezüge gut behandeln. Ich freue mich zum Beispiel, dass heute Marlehn Thieme von der Welthungerhilfe, eins unserer Mitglieder, mit dabei ist. Die Welthungerhilfe bringt das Thema stark bei uns ein. Ernährungssicherung und WASH sind ganz eng verwoben. Viele denken da erst mal an Wasser – für die Landwirtschaft natürlich, oder an Trinkwasser. Aber es geht nicht nur darum, sondern auch darum, dass die hungernden Menschen weltweit häufig die gleichen sind, die auch unter fehlendem WASH-Zugang leiden. 419 Millionen Menschen defäkieren im Freien. Und die Folge sind zahllose vermeidbare Durchfall- und Wurmkrankheiten. Wer darunter leidet kann das wenige Essen, das ihm zur Verfügung steht, gar nicht richtig verwerten. Ständige Entzündungen im Darm verändern diesen chronisch. Die Oberfläche des Darms nimmt ab. Chronische Unterernährung ist dann die Folge. Gerade bei Kindern, wenn die betroffen sind, führt das zu Entwicklungsstörungen. Stunting ist der Fachbegriff. Die Hungerkrise ist also auch eine Wasserkrise. Und der Klimawandel? Der verschärft jetzt natürlich zusätzlich: Mehr Extremwetterereignisse, 90 Prozent davon sind wasserbedingte Dürren oder Überschwemmungen. Die zerstören Ernten und Böden. Aber vor allem da, wo es keine WASH-Versorgung, keine Resilienz gibt, da kommt es zu Krankheiten wie Cholera. 44 Länder hatten Fälle in 2022. Und die wenigsten wissen, dass die WHO die siebte Cholera-Pandemie erklärt hat. 80 Prozent der Abwässer landen ungeklärt, unbehandelt in der Umwelt. Das kontaminiert Grundwasser, Feuchtgebiete gehen verloren, Artenvielfalt geht verloren. Und das alles wissen wir; es ist für funktionierende Ökosysteme mit Mensch, Tier, Pflanzen elementar. Zu viel Wasser ist ein Problem, zu wenig Wasser auch. Der Wasserstress nimmt auch zu. Hier sind wir bei den Dürren; die Hälfte der Weltbevölkerung erlebt dies bereits jedes Jahr für eine gewisse Periode. Und wir sehen dann auch, dass sich die Konflikte zuspitzen, in denen Wasser eine Rolle spielt, und dass auch Konfliktparteien Wasser zunehmend als

Waffe einsetzen, wie eben auch den Hunger. Das World Economic Forum zählt Wassersicherheit seit 2015 zu den Top fünf Risiken für die politische und soziale Stabilität. Zusammenfassend bleibt zu sagen, Wasser und WASH sind überlebenswichtig in Krisen, Grundvoraussetzung für Ernährungssicherheit, zentrales Handlungsfeld für Klimaresilienz. Und wir müssen den Sektor anfangen auch so zu betrachten und zu stärken. Wie das gelingen kann? Können wir gerne heute noch im Folgenden besprechen und auch in den Nachfragen.

**Der stv. Vorsitzende:** Vielen Dank, Herr Rück. Als nächstes erteile ich Frau Sarah Schneider das Wort.

**Sve Sarah Schneider:** Sehr geehrter Herr Stellvertretender Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Gäste! Hunger ist politisch. Und um Hunger und Ernährungsunsicherheit zu bekämpfen, ist es wichtig, insbesondere auch die strukturellen Ursachen von Hunger und Ernährungsunsicherheit in den Blick zu nehmen. Wenn man auf die Weltkarte schaut, dann sehen wir, dass Ernährungsunsicherheit zwischen den Ländern sehr ungleich verteilt ist. Die nationalen und globalen Zahlen blenden aber auch aus, dass innerhalb der Länder bestimmte Bevölkerungsgruppen überproportional von Hunger und Ernährungsunsicherheit betroffen sind. Das hat der Global Nutrition Report von 2020 noch einmal deutlich dargestellt, dass relevante Ungleichheiten innerhalb von Ländern und Gesellschaften verborgen bleiben. Auch Länder, die in relevantem Umfang Lebensmittel erzeugen oder sogar auch exportieren, haben dennoch im eigenen Land mit Hunger und Ernährungsunsicherheit zu kämpfen. Der Grund dafür ist, dass Hunger in vielen Fällen nicht durch einen realen Mangel an Lebensmitteln entsteht, sondern als Folge von Armut, von Konflikten, von sozialer Benachteiligung, von Diskriminierung oder von Vertreibung. Hautfarbe, Gender, Bildungsgrad, sozialer Herkunft und Wohnort. Herkunftsregionen wirken sich massiv auf die Ernährungssituation der einzelnen Personen oder der Haushalte aus. Bestimmte Bevölkerungsgruppen, darunter Indigene, Black People and People of Colour, kleinbäuerliche Familien, von



Frauen geführte Haushalte, einkommensschwache Familien sind unverhältnismäßig stark betroffen. Das heißt, dass wir im Kampf gegen den Hunger unbedingt auch den Kampf gegen die Ungleichheiten aufnehmen müssen. Im Jahr 2022 hat der Ukraine-Krieg noch einmal aufgezeigt, wie sehr die globale Ernährungssicherheit miteinander verknüpft ist. Er hat noch einmal verdeutlicht, wie stark verschiedene Länder von Importen abhängig sind. Importe für Grundnahrungsmittel, Tierfutter, Düngemittel, Treibstoffen. Unser aktuelles Ernährungssystem ist extrem abhängig von fossilen Energieträgern. Und steigende Energiepreise, das haben wir gesehen, haben sich massiv auf die Landwirtschaft und auf die Lebensmittelpreise ausgewirkt. Das heißt, dass es für eine nachhaltige Hungerbekämpfung und für Ernährungssicherheit darum geht diese Abhängigkeiten zu überwinden. Eine weitere Schieflage von unserem aktuellen Ernährungssystem ist, dass das Land zunehmend für die agrarindustrielle Produktion von Cash Crops, statt für den Anbau von Grundnahrungsmitteln zur Verfügung steht. Und gleichzeitig sind Landarmut und Vertreibungen von kleinbäuerlichen Gemeinden, Hirten, Völkern, Indigenen usw. ein zentraler Faktor für mehr Armut und Hunger. Um Hunger und Ernährungsunsicherheit ganzheitlich zu bekämpfen und die multiplen Herausforderungen zu bewältigen, brauchen wir unbedingt systemische Ansätze, die das Agrar- und Ernährungssystem ganzheitlich in den Blick nehmen, wie beispielsweise mit dem Ansatz der Agrarökologie. Menschenrechtliche und agrarökologische Ansätze stärken die Fähigkeit von vulnerablen Gruppen, auf Krisen zu reagieren und sich schneller davon zu erholen. Eine Politik gegen Hunger kann nur erfolgreich sein, wenn sie Resilienz fördert. Vielen Dank.

Der **stv. Vorsitzende:** Wir haben zu danken. Als letzte Sachverständige in der Eröffnungsrunde erteile ich jetzt Frau Marlehn Thieme das Wort.

**Sve Marlehn Thieme:** Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender, meine Herren Abgeordnete. Auch aus der Sicht des großen deutschen Umsetzers, konfessionell und fachlich unabhängig, können wir die vorgenannten gutachterlichen Stellungnahmen sehr unterstützen, wenngleich wir sehen, dass die große Zahl von 735 Millionen Menschen,

die von Hunger bedroht sind, ein durchaus differenziertes Bild von den Ursachen und den Erscheinungsformen bieten. Manche Länder machen große Fortschritte, auch seit 2010/15. Aber viele Staaten fallen zurück, und die Gründe sind vielfältig. Es gibt die Probleme der schlechten Regierungsführung, Korruption, die mangelnde Investition in ländliche Räume, sei es Infrastruktur, sei es Bildung, auch in landwirtschaftliche Kompetenz, aber auch der weltweite Anstieg bewaffneter Konflikte und kriegerischer Auseinandersetzungen. Nicht nur aktuell. Das, was uns durch die Schlagzeilen sehr präsent ist, sondern auch die schon in den Hintergrund tretenden Subsahara-Konflikte und die regionalen Konflikte am Horn von Afrika machen uns große Sorgen. Und nicht zuletzt der Klimawandel führt mit veränderten Vegetationsperioden und zunehmenden Dürren und Überschwemmungen dazu, dass Ernten und Infrastruktur vernichtet werden. Am Horn von Afrika zum Beispiel sind fünf Regenzeiten fast komplett ausgefallen. Und was das für die Menschen bedeutet, das kann man nur ahnen. Die verschiedenen Krisen verstärken sich gegenseitig und treffen vor allem die Länder mit mittlerem und geringem Einkommen. Sie werden krisenanfälliger und die Kumulation von Krisen entzieht den Menschen die Lebensgrundlage. Dabei ist immer noch ein großes Problem im Kampf gegen den Hunger ein fehlendes politisches commitment. Es wird zu wenig investiert in die regionale Resilienz, die internationale Stärkung von Foodsystem-Ansätzen. Bildung für landwirtschaftliche Kompetenz und Innovation für Klima angepassten Landbau muss vorangetrieben werden, um die Auswirkungen wie zuletzt in der Pandemie und infolge des Angriffs auf die Ukraine zu vermindern. Es fehlen in den allermeisten Ländern soziale Sicherungssysteme und auch Versicherungssysteme für Naturkatastrophen, sodass diese die Menschen, die sowieso keine Rücklagen mehr haben, dann vollends in die Abhängigkeit von humanitärer Hilfe führen. Eine verlässliche und abgestimmte Finanzierung von humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit ist unverzichtbar, um das Menschenrecht auf Nahrung verwirklichen zu helfen. Die Erreichung von SDG 2, Zero Hunger bis 2030, ist möglich, aber es ist eine Frage des politischen Willens und eines finanziellen Commitments, insbesondere auch der reichen Länder des



Nordens. Herzlichen Dank!

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen, vielen Dank für die erste Runde. Wir können jetzt einsteigen in die Fragerunde und hierzu erteile ich dem Kollegen Funke für die SPD Fraktion das Wort für zwei Minuten.

Abg. **Fabian Funke** (SPD): Vielen Dank Herr Vorsitzender, auch vielen Dank an die Sachverständigen für Ihre Einführungsstatements. Ich möchte in der ersten Runden meine Fragen vor allem in Richtung von Herrn Frick vom WFP stellen. Sie haben schon beschrieben, wie schwierig die aktuelle Situation ist. Sie haben aufgezählt, was allein in diesem Jahr an Krisen mit Ernährungssicherheit und Relevanz hinzugekommen ist. Zumal wir ja auch noch ein paar Krisen haben, die wir auch nicht vergessen dürfen, nur weil sie so ein bisschen aus dem Spotlight der öffentlichen Berichterstattung heraus sind, die aber nach wie vor existieren. Deswegen, und Sie haben ja gesagt, wie schwierig es gerade um das System der humanitären Hilfe steht, meine Bitte, nochmals ein Stück weit auszuführen, welche Maßnahmen es braucht, um die Welthungerhilfe langfristig zu stärken und auch, welche Rolle Deutschland und die EU und die Vereinten Nationen gerade dabei spielen. Und noch eine zweite Frage: Sie haben ja auch die schwierige finanzielle Situation hervorgehoben, und wir wissen, dass es auch im Bundeshaushalt in dieser Frage aus vielen verschiedenen Gründen durchaus schwierig aussieht. Vielleicht können Sie erklären, was das konkret für Ihre Arbeit bedeutet, die Kürzungen für die Projekte, für Ihr Engagement und generell sowie, was es vielleicht auch von deutscher Seite in Zukunft noch bräuchte, um Sie, die Welthungerhilfe und allgemein das Thema Ernährungssicherheit global in Zukunft zu stärken. Vielen Dank.

Der **stv. Vorsitzende**: Ja, Herr Dr. Frick, Sie haben vier Minuten Zeit für die Antwort.

SV Dr. **Martin Frick**: Da kann man natürlich nur

anreißen. Bei der Frage freut mich zunächst sehr, dass im Ausschuss für humanitäre Hilfe die Frage nach der Langfristigkeit kommt. Wir arbeiten ja mit der Bundesregierung zusammen, nicht nur mit dem Auswärtigen Amt für die humanitäre Hilfe, sondern auch mit dem BMZ für langfristigen Aufbau von Ernährungssicherheit. Und das muss natürlich Hand in Hand gehen. Da muss jeder Euro, der ausgegeben werden will von Steuergeldern, in beide Richtungen Sinn machen. Die humanitäre Hilfe ist eine Sisyphusarbeit und die schiefe Ebene, auf der wir uns befinden, sind die verschiedenen IPC Stufen. Das ist diese internationale Einstufung des Hungers. Wir haben jetzt die Situation, dass wir Menschen in IPC 3 haben, die also stark gefährdet sind, die abrutschen in IPC 4, die also der Hungersnot immer näher kommen. Je mehr wir diese Menschen abrutschen lassen, sozusagen, desto schwieriger wird es, sie wieder herauszuholen. Und das ist auch eine Frage der Effizienz der Mittelverwendung. Wenn wir jetzt kürzen und wir kürzen ja schon massiv, bis zu 66 Prozent in Afghanistan zum Beispiel, dann kommen wir langsam an den Punkt, an dem wir auch die Infrastruktur insgesamt nicht mehr halten können. Nun gehen die Krisen nicht vorbei und wenn man das alles wieder aufbauen muss, wird das alles viel, viel teurer. Wenn wir langfristig des Hungerproblems Herr werden wollen, dann hilft nur ein systemischer Ansatz. Deswegen habe ich auch gesagt, freue ich mich, dass wir humanitäre Hilfe zusammendenken mit langfristiger Entwicklungshilfe. Ich weiß, Professor Qaim kann auch sehr viel zum Food Systems-Ansatz sagen. Ich will vielleicht so viel dazu sagen. Wir haben diese berühmten drei oder vier „C“, die zu Hunger führen, nämlich Konflikt, Klimawandel und die Nachwirkungen von Covid. Und das sind die Kosten, wo wir weltweit sehen, dass durch Inflation und Währungsverlust Länder abrutschen. Man kann das natürlich links herum auch als Agenda sehen für das, was getan werden muss. Und ich kann die Bedeutung von Klimawandel gar nicht genug betonen, weil es nämlich in diesen vier „C“ das eine ist, bei dem wir mit wissenschaftlicher Präzision schon wissen, dass es nur schlimmer werden wird. Klimawandel muss die Brille sein, unter der jede internationale Zusammenarbeit stattfindet, weil es die Konstante ist, von der wir wissen, dass sie tatsächlich bis jetzt nicht nur eingetreten ist, so wie vorhergesagt,



sondern auch vorher und schneller eingetreten ist als vorhergesagt. Wenn wir das angehen wollen und angehen müssen, sollten wir vielleicht auch eine kleine Nuance mitdenken: Es ist ja nicht nur so, dass das SDG 2 eines unter 17 nachhaltigen Entwicklungszielen ist. Es ist in meinen Augen das ganz zentrale. Denn hungrige Menschen können nichts aufbauen. Und die ganzen interdependenten Krisen, wir sprechen ja zurzeit von der Polykrise, haben alle eine Auswirkung, die sicher ist, und das ist Hunger. Und man kann diese Perspektive umdrehen und sagen: Wenn wir denn diese verschiedenen Krisen gleichzeitig adressieren wollen, dann ist der Ansatz bei den Ernährungssystemen zu sagen: Wie bekommen wir denn die lokale Bevölkerung weg von dieser schiefen Ebene, die zu Hungersnot führt, hin zu einer positiven Spirale. Wenn wir das zur Prämisse machen, dann adressieren wir auch andere Punkte wie Ungleichheit und die Rolle von Frauen zwangsläufig richtig. Vielleicht lasse ich es mal hier für die erste Runde der Antworten. Vielen Dank.

Der **stv. Vorsitzende**: Ja, vielen Dank. Damit erteile ich dem Kollegen Dr. Jonas Geissler für die CDU/CSU Fraktion das Wort.

Abg. Dr. **Jonas Geissler** (CDU/CSU): Danke, Herr Vorsitzender. Und vor allen Dingen vielen Dank an alle Sachverständigen für Ihre tollen Stellungnahmen, in denen Sie mit so viel Empathie auf dieses doch so schwierige Thema eingehen. Ich habe in Ungarn internationale Beziehungen studiert und habe Mitte der zweitausender Jahre in einer Vorlesung über Globalisierung das erste Mal Berührungspunkte mit den Millenniumzielen der Vereinten Nationen gehabt, wo auch die Halbierung des Hungers zwischen 1990 und 2015 damals als ein ganz großes Ziel definiert worden ist. Da ist uns erklärt worden, dass wir da auf einem sehr, sehr guten Weg sind, weil man es geschafft hat, dass mehr Menschen aus der absoluten Armut herauskommen, und weil Asien wirtschaftlich sich so stark entwickelt, dass weniger Menschen hungern als das noch 1990 der Fall war und dass man dem Ziel eigentlich sehr nahe kommt. Jetzt haben viele von ihnen gesagt: Seit 2015 ist alles anders. Ob das jetzt Corona ist oder die unterschiedlichen Krisen, die weltweit

stattfinden. Und wir stellen eigentlich erschütternd fest, dass wir im Bereich des Hungers überhaupt nicht weiterkommen, sondern dass wir alle zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir uns in irgendeiner Form maximal auf der Stelle bewegen. Deswegen wäre meine erste Frage an den Herrn Kowatsch: Ich finde den Ansatz mit Innovation wahnsinnig spannend, den Sie ausgeführt haben. Was sind denn strategische Investitionen in dem Bereich, die wir tätigen müssen? Und Sie haben ja auch unterschiedliche Partner angegeben, ob das jetzt das Entwicklungshilfeministerium ist, das Bayerische Ernährungs-, also Landwirtschaftsministerium. Welche Mittel brauchen Sie denn dafür? Und die zweite Frage wäre an die Frau Thieme: Sie schreiben auch von Hunger als Waffe. Jetzt sehen wir in der Ukraine, dass Hunger nicht nur eine Waffe ist, die gegen quasi den anderen Partner eingesetzt wird, sondern eigentlich gegen die ganze Welt. Wie ist denn Ihre Einschätzung, dass man da in Zukunft weiterkommt, und was müsste die Staatengemeinschaft tun, dass die Getreidelieferungen wieder zugelassen werden? Danke.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Kowatsch. Sie haben das Wort.

SV **Bernhard Kowatsch**: Ja. Vielen Dank Herr Dr. Geissler. Es ist eine sehr spannende Frage, gerade auch im Bereich Innovationen, wenn man das weiter fasst. Tatsächlich ist es so, man muss manche der Ursachen bekämpfen, sei es jetzt eben Kriege beenden, Klimawandel, Inflation. Innovationen können helfen, einerseits Nothilfe, humanitäre Hilfe, effizienter und effektiver zu machen. Das kann man immer, das funktioniert auch jetzt schon. Aber natürlich, wir müssen uns auch um die Grundursachen von manchen dieser Themen Gedanken machen. Dementsprechend unterscheidet sich meine Antwort auch bezogen auf verschiedene Bereiche. Also welche Art von Innovationen kann man brauchen? Womit wir uns beschäftigen ist oftmals das Thema künstliche Intelligenz. Wir haben zum Beispiel - also Google hat für uns pro bono ein Tool entwickelt, das nennt sich SKAI, mit dem wir Gebäude auf Basis von Satellitendaten und Künstlicher Intelligenz identifizieren und die Schäden erkennen können. Vorher haben das Menschen manuell gemacht, die



saßen zwei Wochen, drei Wochen vor den Satellitendaten. Jetzt kann das die Künstliche Intelligenz innerhalb von 48 Stunden machen. Das ist Teil der Lösung - also wir wissen dann eben innerhalb von 48 Stunden schon, wo hungernde Menschen sind und wir können effektiver zum Beispiel nach Erdbeben, Katastrophen oder nach Hurrikans helfen. Der andere Punkt ist natürlich: Gerade arbeiten wir an neuen Partnerschaften mit der Privatwirtschaft. Das heißt, wie kann man weiter neue Partner hineinbringen? Wir brauchen auch Geldmittel, gerade auch natürlich von der deutschen Bundesregierung. Und wir sind sehr dankbar dafür. Die Investitionen helfen hierbei insbesondere, weil es natürlich schwer ist zu sagen: Wir haben einerseits die Bedarfe der Nothilfe, gleichzeitig: Wie können wir in die Zukunft investieren? Viele unserer Geldmittel sind ja zweckgebunden. Das heißt, insofern ist es sehr, sehr wichtig, auch diese Unterstützung für Innovationen zu haben. Lassen Sie mich kurz zu dem Thema noch ergänzen. Welche Mittel brauchen wir? Wir glauben, dass wir sowohl in der Nothilfe, aber auch in der nachhaltigen Hilfe viel mehr Wirkung erzielen können als jetzt und auch in unserer Planung. Vom Auswärtigen Amt, BMZ und Bayern ist aktuell unsere Finanzierung fünf Millionen Euro pro Jahr. Wir sprechen über ein Vielfaches davon, das aber wiederum eine größere Wirksamkeit des Ganzen entfalten kann. Das heißt, seien es also in unserer Planung 20 Millionen Euro, 30 Millionen Euro, die wir einerseits von der Privatwirtschaft, aber auch in der Kooperation mit unterschiedlichen Stiftungen und Geldgebern investieren wollen. Welche spezifischen strategischen Investitionen oder Lösungsansätze könnten wir denn jetzt machen? Es sind tatsächlich idealerweise Nothilfe, Innovationen, Digitalisierung, gerade die Nutzung von Mobildaten. Alles, was Sie aus der Privatwirtschaft kennen. Wir verwenden das schon im World Food Programme, aber wir können durch Investitionen noch effizienter und noch besser werden und gleichzeitig auch in dem Spektrum von humanitärer Hilfe, Resilienz, nachhaltiger Hilfe - dann eben auch die Grundursachen von humanitärer Hilfe da zu lösen, dass eben die

Bedarfe für die Nothilfe geringer werden. Und da sind dann zum Beispiel Ansätze, wie wir sie verfolgen mit der Privatwirtschaft, Versicherungsdienstleistungen für Kleinbauern, die zum Beispiel dann auch dazu führen, dass die Dürren dann besser bekämpft oder antizipiert werden können. Danke sehr.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Thieme.

**Sve Marlehn Thieme**: Ja, herzlichen Dank für diese Frage Hunger als Kriegswaffe. Die Auswirkungen des Ukraineangriffs durch Russland hat natürlich einen ganzen globalen Getreidehandel und auch Nahrungsmittelhandel, Öl zum Beispiel gerade aus der Ukraine, durcheinandergebracht. Und wir können heute auch immer noch sagen, die Preise sind, obwohl sie etwas zurückgegangen sind, deutlich noch auf einem höheren Niveau als vor Covid. Das ist sehr deutlich und das können wir auch in unserem Projektländern erkennen, dass insbesondere auf den lokalen Märkten die Preise höher sind. Das hat natürlich auch etwas mit den Wechselkursen zu tun. 45 Länder sind weltweit von dauernder Hilfslieferung abhängig, in der Regel durch das Welt ernährungsprogramm und das führt natürlich auch dazu, die Situation hat Herr Dr. Frick geschildert, dass auch die Hilfslieferungen eine andere Finanzierungsbasis haben. Und sie müssen immer mehr Geld aufbringen, um sich tatsächlich auch einzudecken für das, was sie verteilen würden. Da hilft natürlich nur eine lokale Resilienzsteigerung in Form von regionalen Ernährungssystemen und ein Umbau, der tatsächlich von der Wurzel herkommt. Ich glaube ein weiteres Thema ist, dass der Hunger als Waffe, der ja von einer UN Resolution 2018 deutlich missbilligt wurde und auch tatsächlich schon im Recht, im öffentlichen Recht oder internationalen Völkerrecht, gebannt wurde, dass dieses verstärkt wird. Deutschland zum Beispiel hat auch diese Resolution immer noch nicht ratifiziert.<sup>1</sup> Und ich sage mal vor dem Hintergrund dessen, was wir in der Ukraine gesehen haben: Danach kann man nur unterstreichen, dass auch hier eine Notwendigkeit

<sup>1</sup> Nachträgliche Anmerkung durch Sve Marlehn Thieme: Der Prozess zur Ratifizierung der UN-Resolution wurde Ende September 2023 angestoßen.



zum Handeln, auch für die Bundesregierung, besteht, um dieses dann letztendlich strafbar zu machen. Wir haben den Internationalen Gerichtshof, damit man das tatsächlich auch von Seiten der Vereinten Nationen verfolgen kann, aufzeichnen kann und dann auch tatsächlich bestrafen kann. Und insofern wären wir dankbar, wenn diese Handhabe auch durch Deutschland ermöglicht wird.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank! Dann erteile ich das Wort für Bündnis 90/Die Grünen dem Kollegen Lucks.

Abg. **Max Lucks** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Dankeschön, Herr Vorsitzender. Vielen Dank, liebe Sachverständige, für diese sehr wichtigen Ausführungen. Ich finde, Frau Thieme hat es sehr zentral zusammengefasst, als sie gesagt hat, die Frage, ob wir Hunger bekämpfen - bis 2030 für alle Menschen - ist eine Frage politischen Willens. Sie ist keine Frage der Ressourcen oder der Möglichkeiten, sondern sie ist eine Frage, ob wir politisch wollen. Und das ist, glaube ich, für uns als Entscheidungsträgerinnen und -träger hier sehr wichtig. Ich habe zwei Fragen, eine an Frau Schneider: Sie haben zu Recht die Situation von Frauen und Mädchen angesprochen und wir erleben ja, dass marginalisierte Gruppen regelrecht einem Teufelskreis ausgesetzt sind, weil zum Beispiel sich durch Gesellschaftsrecht verfestigt, dass etwa kein Zugang zu Land vorhanden ist. Und wenn kein Zugang zu Land vorhanden ist, weil Leute aufgrund ihres Geschlechts das Erbe nicht antreten können, dann verfestigt sich Hunger. Was sind Möglichkeiten, um aus diesem Zyklus auszubrechen? Was können wir dafür politisch leisten? Ich habe eine zweite Frage an Herrn Dr. Frick: Sie haben zu Recht die Situation in Afghanistan angesprochen. Sie haben völlig zu Recht auch die Situation in Gaza angesprochen, die uns gerade alle beschäftigt. Jetzt sind wir bei diesen beiden Situationen einer Lage ausgesetzt, in der man sich mit islamistischen Terrororganisationen irgendwie arrangieren muss. Und es besteht ja immer die Gefahr, dass die politische Neutralität der humanitären Hilfe untergraben wird, dass zum Beispiel Vertreterinnen und Vertreter der Taliban oder der Hamas humanitäre Hilfe abzwacken. Was ist da

eigentlich eine Möglichkeit? Herr Braun, Sie interessieren sich besonders für die Situation. Merkt man. Was ist da eigentlich eine Möglichkeit, um für die politische Neutralität zu sorgen und die sicherzustellen?

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank! Dann erteile ich als erstes für die Beantwortung der Frage Frau Schneider das Wort.

Sve **Sarah Schneider**: Ja. Vielen Dank, Herr Lucks, dass Sie den Fokus noch mal auf die Situation von Frauen und Mädchen richten. Aktuelle Zahlen für das Jahr 2023 haben gezeigt, dass 60 Prozent der akut Hungernden Frauen und Mädchen sind und insbesondere während der Corona Pandemie ist dieses Ungleichgewicht besonders ins Auge gestochen. Da waren es in dem jährlichen Bericht der FAO 10 Prozent mehr Frauen und Mädchen, die an Ernährungsunsicherheit gelitten haben. Das zeigt noch mal die besondere Vulnerabilität, insbesondere zu Krisenzeiten. Frauen sind aber nicht nur häufiger, sie sind auch anders von Ernährungsunsicherheit betroffen. Beispielsweise hat eine Metastudie aufgezeigt, dass mit der Ernährungsunsicherheit insbesondere in Ländern von niedrigem und mittlerem Einkommen auch das Risiko von Gewalt gegen Frauen und Mädchen steigt. Das ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass das Risiko von geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt durch krisenbedingten sozialen und wirtschaftlichen Stress steigt. Frauen beispielsweise, die sich auf der Flucht befinden, sind auch besonders gefährdet. Eine geschlechtsspezifische Diskriminierung ist eine der Ursachen dafür, dass Hunger und Mangelernährung Frauen und Mädchen besonders häufig trifft. Wenn dann noch dazu kommt, dass Frauen und Mädchen aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, aufgrund von Hautfarbe oder aufgrund ihrer Herkunft weitere Diskriminierungen erfahren, dann werden ihr Recht auf angemessene Nahrung, aber auch weitere Menschenrechte, besonders häufig verletzt. Und ihre Anfälligkeit gegenüber Hunger und Ernährungsunsicherheit steigt zusätzlich noch. Dem zugrunde liegen vor allem nach wie vor ungleiche Machtverhältnisse und patriarchale Strukturen. Noch immer haben in vielen Gesellschaften Mädchen schlechteren Zugang zu Bildung und





Frauen, obwohl sie einen relevanten Anteil der Arbeit in der Landwirtschaft verrichten, sind in den seltensten Fällen Eigentümerinnen des Landes. Zahlen aus Indien zeigen, dass 41 Prozent der in der Landwirtschaft Tätigen Frauen sind, aber nur 14 Prozent der Betriebe sich in Frauenhand befinden. Interessant fand ich in diesem Kontext eine Studie des TYN-Instituts, die gezeigt hat, dass sich in Deutschland 11 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in Frauenhand befinden. Also wir sehen sowohl im globalen Süden als auch im globalen Norden ist der Zugang zu Land sehr ungleich verteilt. Dazu kommt, dass Frauen trotz ihres hohen Beitrags im gesamten Ernährungssystem weder ausreichend Anerkennung noch angemessene Entlohnung erfahren und selten an Entscheidungen beteiligt sind, sei es in der Politik, am Arbeitsplatz oder in vielen Gesellschaften, auch nicht im eigenen Haushalt. Diese strukturellen Ursachen verlangen politische Maßnahmen, die insbesondere die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern einmal identifizieren und dann auch entsprechend bekämpfen. Wichtig ist die Rolle und Sichtbarkeit von Frauen im Ernährungssystem zu stärken. Ein konkreter Ansatzpunkt wäre über das BMZ verstärkt eine feministische Agrarökologie zu fördern und explizit Programme und Projekte aufzulegen, die die Landrechte von Frauen fördern. Wichtig ist auch der Ansatz der feministischen Außen- und Entwicklungspolitik, die eher das Ziel haben sollte, patriarchale, aber auch postkoloniale Machtverhältnisse umfassend zu verändern und auch globale Lieferketten in den Blick nehmen sollte. Um entsprechend Wirkung zu entfalten, ist es wichtig, dass die feministische Außen- und Entwicklungspolitik ressortübergreifend stattfindet und insbesondere auch vom Landwirtschaftsministerium, dem Wirtschafts- und dem Finanzministerium aufgegriffen und weitergeführt wird.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank! Dann würde ich jetzt das Wort an Herrn Dr. Frick erteilen.

SV Dr. **Martin Frick**: Ja, vielen Dank. Das ist eine grundsätzliche Frage: Wie geht man denn um mit Ländern, die in den Händen von Regimen sind, die sich an elementare Menschenrechte nicht halten? Wir machen das - ich hatte es in der ersten Intervention gesagt - nicht erst seit gestern. Wir

sind seit 60 Jahren sozusagen im Geschäft und haben viel Erfahrung, wie man in diesen Kontexten umgeht. Der erste Ansatz ist: Es ist natürlich unendlich schwierig, in diesen Ländern Hilfe zu leisten. Und ich bin nun selber - Ich habe wirklich größten Respekt vor den Kolleginnen und Kollegen, die da vor Ort den Kopf hinhalten. Wir haben zum Beispiel bei UNRWA bis jetzt 70 Todesopfer zu beklagen. Das sind also Frauen und Männer, die ihr eigenes Leben nicht selten riskieren. Wir sind in der Regel sehr gut in der Lage, gezielt Hilfe leisten zu können. Denn auch die totalitärsten Regime haben natürlich kein Interesse daran, dass ihre Bevölkerungen sterben. Wir haben, ich hatte es in der anderen Intervention gesagt, im letzten Jahr 23 Millionen Menschen in Afghanistan versorgt. Jetzt sind das noch drei Millionen. Diese drei Millionen sind fast ausschließlich von Frauen geführt Haushalte, eben weil es die am meisten Verwundbaren sind. Nun gibt es in Afghanistan speziell einen großen Unterschied zwischen dem, was zentral aus Kabul getönt wird, und vielen mildereren, einsichtigeren Provinzfürsten, um das mal so zu sagen, mit denen man dann durchaus konstruktiv zusammenarbeiten kann, wenn man das flach hält und nicht unbedingt auf Twitter in die Welt schiebt. Da gibt es also auch durchaus Menschen, die weniger radikal sind und die Zugang ermöglichen und die natürlich auch solche elementaren Gefühle wie Mitleid haben. In Gaza haben wir die Situation, dass im Prinzip eine Bevölkerung von irgendwo zwischen 2,1 und 2,3 Millionen Menschen faktisch von der Hamas in Geiselschaft genommen sind. Lässt man sie deswegen allein? Nein, das tun wir nicht. Und wir waren natürlich im Gazastreifen auch schon lange vor diesem unsäglichen 7. Oktober im Einsatz, haben Menschen unterstützt. Denn wir dürfen nicht vergessen, dass auch vor den Ereignissen des 7. Oktober etwa ein Drittel der Menschen in Gaza gehungert hat. Und, das überrascht natürlich nicht, wiederum am meisten die Frauen, wiederum am meisten die von Frauen geführten Haushalte, die wir schon bereits vorher unterstützt haben. Das UN-Hilfswerk in den palästinensischen Gebieten existiert seit den 40er Jahren. Die Staatsgründung Israels wurde ja sofort mit einem Krieg beantwortet. Und die Flüchtlinge, die aus diesem ersten Krieg entstanden sind, wurden ja bereits von den Vereinten Nationen



betreut. Insofern haben wir eine lange, lange Geschichte mit der lokalen Bevölkerung zu arbeiten und können daher auch sehr gut und sehr trennsicher sagen, dass wir unsere Hilfe tatsächlich dahin bekommen, wo sie hingehen sollte. Dass wir in diesen Umständen, in diesen schwierigsten Umständen, weiterhin helfen, wird gesehen, wird gewürdigt. Das wird auch gesehen, dass da viel Geld von Deutschland investiert wird, weil wir tatsächlich in vielen dieser Situationen, und das gilt natürlich auch für die Nichtregierungsorganisationen, die hier vertreten sind, so die letzte Stufe sind, bevor die Menschen wirklich in den Abgrund fallen. Und ich glaube, in dieser Abwägung ist es richtig und sinnvoll und sollte auch fortgesetzt werden, dass wir auch da humanitäre Hilfe leisten und insbesondere da, wo es eben so schwierig ist, auch von den politischen Voraussetzungen her. Vielen Dank.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Dr. Frick. Als nächstes Jahr teile ich Herrn Braun von der AfD das Wort.

Abg. **Jürgen Braun (AfD)**: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Mein Dank an die Experten für die bisherigen Informationen über dieses sehr vielschichtige Problem mit sehr, sehr vielen bedenklichen Entwicklungen, die wir haben. Und in der Tat ist es ja so, dass wir über Jahrzehnte bis etwa 2015 einen deutlich größeren Fortschritt hatten in Sachen Welternährung, als wir das vor Jahrzehnten, in meinem Schulunterricht zum Beispiel, noch gelernt haben. Das betraf insbesondere Asien, aber auch viele, viele andere Länder, dass es sich deutlich besser entwickelt hat. Und dann ist die Frage: Was hat sich seitdem verändert, was ist dazugekommen? Es ist natürlich eine Unmenge, eine Unmenge an schweren Konflikten dazugekommen, militärische Konflikte, Bürgerkriege verschiedenster Art und das betrifft eben Afghanistan, Nigeria, Somalia, Südsudan, Syrien, Jemen usw. Im Kaukasus haben wir Armenien, Aserbaidschan immer wieder. Da haben wir die Hoffnung, dass das wenigstens in Sachen Hunger besser abgeht. In Sachen Menschenrechte geht es ja sehr schlecht zulasten der Armenier. Also der Klimawandel kann es insofern nicht sein, denn Klimawandel hat es

immer gegeben und es sind Regierungen verantwortlich dafür und bestimmte terroristische Gruppen, dass Kriege geführt werden, dass die Menschen nicht die Ernährungsgrundlage haben. Ich glaube auch, dass der Begriff des permanenten - den Klimawandel immer wieder einzuführen, eine Ausrede für die verantwortlichen Regierungen weltweit bedeutet, eine allzu bequeme Ausrede. Meine Frage an Professor Qaim: Die EU hat mit ihrem Green Deal vor, weniger Düngung zu erlauben, 20 Prozent unter dem notwendigen Maß im Bereich der Landwirtschaft an Düngung. Ist das die richtige Antwort auf die weltweite Ernährungssituation oder ist das eher Ideologie? Wie sehen Sie das?

Der **stv. Vorsitzende**: Dankeschön. Herr Prof. Dr. Qaim.

SV Prof. Dr. **Matin Qaim**: Also zunächst einmal ist es in der Tat so, wenn wir uns anschauen, was war denn maßgeblich in den Jahrzehnten seit 1960 verantwortlich dafür, dass der Hunger auch deutlich zurückgegangen ist, dann waren das schon Entwicklungen in der Landwirtschaft und Landwirtschaft, Stichwort „Grüne Revolution“, hat stattgefunden damals vor allen Dingen in Asien und Lateinamerika. Das hat nicht gleichermaßen stattgefunden in Afrika. Und das ist ein Grund dafür, warum wir in Afrika mehr Hunger, auch prozentual mehr Hunger haben als in anderen Regionen. Und dann sind natürlich andere Dinge, die dazukommen, einfach noch viel schlimmer. Importabhängigkeit ist in Afrika größer. Wenn die Preise international hochgehen, dann wird es natürlich für importabhängige Länder schlimmer. Aber auch der Klimawandel trifft eben Länder in Afrika, insbesondere weil die Bewässerungsinfrastruktur sehr viel weniger gut ausgebaut ist, auch die Straßeninfrastruktur. Und natürlich spielt das eine Rolle; abgesehen von der landwirtschaftlichen Technologie. Zu Ihrer konkreten Frage zu Europa: Also wir haben es mit enormen Umweltproblemen auch aus dem Bereich Landwirtschaft zu tun. Und insofern ist es schon richtig, in einer Region wie Europa, wo auch viele Düngemittel eingesetzt werden, darüber nachzudenken: Wie können wir denn umweltfreundlicher werden? Und das müssen wir. Und insofern ist darüber nachzudenken auch



ein Stück weit Chemie rauszunehmen, keine Ideologie. Aber wir müssen gleichzeitig auch erkennen, dass die Landressourcen, die wir für Landwirtschaft nutzen können und wollen, auf unserem Planeten begrenzt sind. Und insofern sollten wir nicht einfach nur Düngemittel rausnehmen und uns ist egal, was das für die Erträge heißt, wir können es ja auch von anderswo zukaufen. Sondern wir sollten natürlich schauen, dass wir smarte Innovationen entgegensetzen, die es uns erlauben, Chemie rauszunehmen und anderes eben reinzugeben, womit wir nicht unbedingt einen Ertragsabfall haben. Und da sind natürlich die Stichworte zum einen digitale Technologien, aber zum anderen sehr wohl auch genomische Technologien zu nennen. Die werden alleine nicht das Allheilmittel sein, können aber doch eine wichtige Rolle spielen, eben in vernünftige systemische Ansätze integriert, auch hohe Erträge mit weniger Umwelt-Fußabdruck zu erreichen. Und insofern sind wir hier in Europa natürlich auch aufgerufen, uns zu beteiligen an nachhaltiger Landwirtschaft. Und dazu gehören Umweltfreundlichkeit und Produktion. Und dazu gehören eben auch smarte, nachhaltige Technologien.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Qaim. Nun erteile ich dem Kollegen Heidt das Wort.

Abg. **Peter Heidt** (FDP): ... Sie sind der Meinung, dass die Skepsis und Ablehnung in der deutschen Politik nicht in Einklang mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen stehen. Um ein Umdenken herbeizuführen ist Ihrer Meinung nach Aufklärungsarbeit notwendig. Wo kann, wo sollte die Politik hier ansetzen? Wie lassen sich Brücken bauen, damit die Welt nachhaltig vom Erkenntnisgewinn der Wissenschaft profitieren kann? Und die zweite Frage geht an Frau Sarah Schneider: Die Geschlechter - die Gleichstellung der Geschlechter spielt eine entscheidende Rolle bei der nachhaltigen Bekämpfung der Ernährungsunsicherheit. Frauen spielen eine Schlüsselrolle, haben aber oft wenig Handlungsspielraum im Hinblick auf ihre Bedürfnisse und die bestehenden strukturellen Bedingungen. Zudem haben viele von ihnen keine gesicherten Landrechte in der Landwirtschaft, obwohl sie die Hälfte der

landwirtschaftlichen Arbeit leisten. Gerade Frauen fehlt der Zugang zu Bildung, zu Informationen und zu Entscheidungspositionen. Wie können Frauen aus Sicht von Misereor sichtbar gemacht und stärker in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden? Gibt es beispielhafte Projekte mit bewährten Methoden in diesem Bereich? Und dann: Sehen Sie in der Zukunftsstrategie des Auswärtigen Amts Ansatzpunkte, um dies zu verbessern und Frauen verstärkt in Entscheidungsprozesse mit einzubinden? Vielen Dank.

Der **stv. Vorsitzende**: Lieber Peter, könntest du bitte wiederholen, an wen du die erste Frage gestellt hast. Es gab ein Mikrofonproblem am Anfang. - Prima, dann erteile ich für die Beantwortung der ersten Frage Professor Dr. Qaim das Wort.

SV Prof. Dr. **Matin Qaim**: Herr Heidt, vielen Dank für die Frage. Ich will insofern vielleicht korrigieren, als dass ich nicht ein Verfechter der grünen Gentechnik als etwas bin, was die Lösung schlechthin darstellt. Ich fand das, was Frau Thieme gesagt hat, sehr schön und kann mich dem anschließen, dass wir eine Welt ohne Hunger und mit nachhaltiger Ernährungssicherung erreichen können, aber nur durch einen tiefen Systemwandel. Und zu diesem Systemwandel gehört natürlich Technologie dazu. Zu diesem Systemwandel gehört vieles andere auch dazu und wir sollten wirklich davon wegkommen, die Dinge gegeneinander auszuspielen. Natürlich werden wir mit den Mengen an tierischen Produkten, die wir heute in Europa konsumieren, nicht acht und auch nicht zehn Milliarden Menschen nachhaltig ernähren können. Und natürlich werden wir, wenn ein Viertel dessen, was auf den Feldern wächst, niemals gegessen wird, weil es verschwendet wird oder verdirbt, auch nicht zu einer nachhaltigen Ernährung kommen. Aber gleichzeitig werden wir eben auch durch Innovation, die in der Lage ist, uns zu helfen, produktiver, umweltfreundlicher, aber auch klimaangepasster zu produzieren - Wir wären schlecht beraten, wenn wir diese nicht nutzen würden. Und in dem Punkt ein klares „Ja“ auch zu den Dingen, die leider seit Jahrzehnten in Deutschland und Europa vehement abgelehnt



werden. Und zwar gegen bessere Erkenntnisse, gegen 30 Jahre Forschung in dem Bereich, auch zu den Risiken. Genomische Technologien sind nicht der Schlüssel für alles, aber sie können uns natürlich helfen, Landwirtschaft mit weniger Chemie und angepasster an den Klimawandel zu betreiben und wir werden nicht umhin kommen, smarte, auch genomische Innovationen zu nutzen, dafür, dass wir einen Systemumbau hinbekommen. Aber andere Sachen werden eben unter anderem genauso wichtig sein. Vielen Dank.

Der **stv. Vorsitzende**: Wir danken. Frau Schneider.

Sve **Sarah Schneider**: Vielen Dank, Herr Heidt, für noch mal eine Frage speziell zu der Situation von Frauen und Mädchen und Handlungsansätzen, um Ungleichheiten im Bereich Landrechte oder Bildungszugang in Angriff zu nehmen. Sie fragten nach Projekten von Misereor, die diesbezüglich ansetzen. Also es gibt ein sehr erfolgreiches Projekt in Indien, wo insbesondere mit Frauengruppen gearbeitet wird, die agrarökologische Landwirtschaft betreiben und wo insbesondere auch dieser soziale Zusammenschluss von Frauen in Beratungsgruppen, wo die Frauen die Rolle einnehmen von Wissensträgerinnen und dieses Wissen auch untereinander austauschen und in Zusammenarbeit mit Wissenschaft auf Augenhöhe weiterentwickeln können. Das sind Ansätze, die natürlich auch der landwirtschaftlichen Produktion zugutekommen, aber auch die Frauen in ihrer sozialen Rolle stärken und auch dazu beitragen, dass sie eine andere Rolle und eine andere Leadership im eigenen Haushalt übernehmen können. Und gerade auch mit dem Ansatz der Agrarökologie. Wenn es dann - in diesem Fall sind das kleinbäuerliche Betriebe - gelingt, durch eine agrarökologische Intensivierung mehr und vielfältiger zu erzeugen, wirkt sich das positiv auf die Ernährungssicherheit, insbesondere auch von Frauen und Mädchen aus. Und es gibt auch Überschussproduktion, die wiederum auf dem Markt verkauft werden kann. Das ist das eine. Das andere sind verschiedene Projekte, die sich vor allem für Landrechte, den Zugang von Frauen zu Land, einsetzen. Das ist auf jeden Fall ein weiterer ganz wichtiger Baustein. Mit Blick insgesamt auf Entwicklungszusammen-

arbeit, aber natürlich auch das BMZ, ist es wichtig, dass es mehr Projekte gibt mit expliziter Frauenförderung, also nicht nur Frauenförderung als eines unter vielen Zielen, sondern wirklich ein expliziter Frauenfokus. Da braucht es mehr Projekte, wo insbesondere auch die Rechte von Frauen hervorgehoben und umgesetzt werden. Es ist wichtig, insbesondere in Krisenzeiten Frauen und Mädchen besonders in den Blick zu nehmen und auf besondere Betroffenheiten zu reagieren. Der Kampf für mehr Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern bedeutet auch Kampf gegen Armut. Frauen sind überproportional von Armut betroffen. Häufig ist ihre Arbeit unter- oder unbezahlt und sie werden nach wie vor in globalen Wertschöpfungsketten strukturell benachteiligt. Das heißt, die Rechte von Frauen sollten auch ein zentraler Pfeiler von der deutschen Wirtschaftspolitik sein und unter anderem im Rahmen des Lieferkettengesetzes und des europäischen Lieferkettengesetzes umgesetzt werden. Es gilt, Diskriminierung von Frauen und Gewalt gegen Frauen zu beenden. Im Bereich Landwirtschaft müssen dafür auch Landkonflikte in den Blick genommen werden, wo häufig Frauen besonders gefährdet sind, gerade auch in ihrer körperlichen Unversehrtheit. Landkonflikte, die entstehen unter anderem aufgrund von Flächenkonkurrenz: Land, das zunehmend an Investoren vergeben wird und in Konflikt tritt mit der kleinbäuerlichen Produktion. Dies geht häufig mit Landkonflikten einher, wovon Frauen ganz besonders betroffen sind. Und eine weitere und starke Umsetzung der feministischen Außen- und Entwicklungspolitik braucht es. Daran sollten gerade auch Frauenorganisationen und soziale Bewegungen aus dem globalen Süden beteiligt werden, um diese feministische Außen- und Entwicklungspolitik konkret auszugestalten. Danke.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann freut es mich zum Ersten Mal in dieser Runde unseren Kollegen Hunko von der Fraktion Die Linke. zu begrüßen.

Abg. **Andrej Hunko** (DIE LINKE.): Ja vielen Dank, dass das so unkompliziert möglich war. Wenn ich mir die bisherige Diskussion anschau, dann fällt mir, dass sehr, sehr viele Dinge gesagt worden



sind, wo wir, glaube ich, alle auch einer Meinung sind. Und danke auch an alle Experten. Aber der Aspekt, den Frau Prof. Douhan, die UN-Sonderberichterstatterin für einseitige Zwangsmaßnahmen, sozusagen in die Diskussion geworfen hat, wurde nicht weiter behandelt. Deswegen würde ich Sie gerne noch danach fragen, Frau Professor Douhan. Und vielleicht auch eine Frage an Dr. Frick. Ihre Funktion in der UNO ist eingerichtet worden, weil in den letzten Jahren die Sanktionsregime sich immer mehr ausgeweitet haben und auch einen großen Effekt haben, auch auf unser Thema heute, auf die Ernährungsunsicherheit und wahrscheinlich auch in großen Teilen der Welt als Problem gesehen werden, aber dann nicht so sehr in den sanktionierenden Ländern. Vielleicht können - Sie unterscheiden zwischen vom UN-Sicherheitsrat ausgesprochenen Sanktionen und unilateralen Zwangsmaßnahmen. Vielleicht könnten Sie das konkret machen an Beispielen, etwa die Sanktionierung von Belarus und Russland bezüglich der Ernährungssicherheit. Und vielleicht, das haben Sie auch in Ihrem Beitrag geschrieben, das Beispiel der Sanktionierung von Venezuela und welche Rolle die Over-compliance dabei spielt. Und vielleicht auch an Dr. Frick zu Afghanistan, weil Sie auch das angesprochen haben: Es war jetzt beim zweiten Jahrestag des Abzugs auch ein großes Thema, ob die Sanktionen gegen Afghanistan zum Hunger mit beitragen, also nicht nur die Unterfinanzierung, sondern auch die Sanktionen. Vielleicht können Sie aus Ihrer Sicht dazu noch etwas hier sagen. Vielen Dank.

Der **stv. Vorsitzende**: Ja, Dankeschön. Dann erteile ich Frau Prof. Douhan das Wort.

Sve Prof. **Alena Douhan**: Vielen Dank für diese Frage. In der Tat hat das Verhängen unilateraler Sanktionen in Verbindung mit der übermäßigen Einhaltung von Vorschriften verheerende Auswirkungen auf die Umsetzung des Rechts auf Nahrung, Ernährungssicherung und leider auch auf die Wassersicherheit. Bevor ich direkt auf die Frage eingehe, möchte ich erwähnen, dass heute viele sehr gute Ansätze zum Schutz der Umwelt im Hinblick auf die Entwicklung landwirtschaftlicher Technologien angesprochen wurden, wie z.B. der Einsatz innovativer

Technologien, umweltfreundlicher Techniken und von Filtern. Leider können die meisten dieser Ansätze in den sanktionierten Ländern aufgrund der durch die Sanktionen entstandenen Hindernisse nicht umgesetzt werden. Sobald für ein Land unilaterale Sanktionen verhängt werden - und dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um ein umfassendes Wirtschaftsembargo, eine Reihe branchenspezifischer Sanktionen oder um Sanktionen gegen die größten Unternehmen oder die hochrangigsten Staatsbeamten handelt - besteht durch die übermäßige Einhaltung der Vorschriften die große Herausforderung darin, das Land mit grundlegenden Gütern zu versorgen. Kommen wir nun zurück zum ersten Teil der Fragen über die Sanktionen gegen Russland und Belarus. Die Sanktionen betreffen vor allem Faktoren, die die Lieferung von Düngemitteln in viele Teile der Welt betreffen. Leider sind Düngemittel heute nicht in der Liste der Waren aufgeführt, die von den Sanktionen ausgenommen sind. Zwar sind Nahrungsmittel offiziell ausgeschlossen, aber das ändert nicht viel an der Situation. Belarus produzierte beispielsweise 20 Prozent und Russland 19,5 Prozent der Kaliumdünger. Wenn also diese Kaliumdünger nicht mehr auf den Markt gebracht werden können, sinkt die Reichweite der Düngemittel auf 40 Prozent. Und viele afrikanische und lateinamerikanische Länder sind zu 100 Prozent von Düngemittellieferungen aus diesen beiden Ländern abhängig. Die Auswirkungen sind also im Grunde nicht einmal regional begrenzt, sondern von globalem Ausmaß. Kommen wir nun zur Diskussion über die Situation in Venezuela, wo die Menschen sich am Tag von nur 1,5 Mahlzeiten ernähren, die nicht ausgewogen sind und über eine sehr geringe Menge an Proteinen verfügen. Leider ist Venezuela nicht das einzige Beispiel für die negativen Auswirkungen von Sanktionen im Hinblick auf die Ernährung. Während meiner Amtszeit als Mandatsträgerin habe ich fünf Länder besucht und erfahren, dass in Ländern wie Venezuela, Simbabwe, Syrien oder Iran die Auswirkungen auf das Recht auf Nahrung verheerend sind. In der Realität ist es aufgrund der finanziellen Beschränkungen und Einschränkungen bei der Lieferung, der Versicherung und den Zahlungen nicht möglich, Futtermittel, Düngemittel oder Ersatzteile für Maschinen zu liefern. Es ist also sehr schwierig,



über innovative Technologien zu sprechen, wenn selbst die Lieferung von Ersatzteilen für bereits vorhandene Maschinen eingeschränkt ist. Lassen Sie mich Ihnen an dieser Stelle beispielhaft von meinem letzten Besuch in Syrien berichten, wo der Zugang zu staatlichem Wasser ein großes Problem darstellt und schlussendlich zum Ausbruch von Cholera führte. Sie müssen bedenken, dass das Land selbst nicht in der Lage ist, die Maschinen zur Wasseraufbereitung bereitzustellen, deshalb müssen die Landwirte Schmutzwasser für den Anbau und die Bewässerung ihrer Pflanzen nutzen. Das führt zum Ausbruch von Cholera und einer zunehmenden Unsicherheit in Bezug auf die Versorgung mit Nahrungsmitteln. Vielen Dank.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann erteile ich jetzt Herrn Dr. Frick das Wort.

SV Dr. **Martin Frick**: Ja, vielen Dank. Ich würde gerne antworten, wenn ich darf, auf die Frage Sanktionen - Russland, Belarus - im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die Sonderberichterstatteerin hat das gesagt, Lebensmittel sind explizit ausgenommen und es ist auch der Export von Dünger ausgenommen. Dennoch hat natürlich dieser Export gelitten. Das ist dieser Punkt „overcompliance“, also das Übererfüllen der Sanktionsvorschriften. Wir haben als Welternährungsprogramm uns insbesondere für das Black Sea Grain-Agreement eingesetzt, also die Möglichkeit für die Ukraine, trotz des Kriegszustandes Getreide zu exportieren. Und die Kehrseite der Medaille war eben auch, Russland zu unterstützen beim Export von Düngemittel. Und auch das haben wir getan, sehr offen und transparent, um die globale Lebensmittelproduktion nicht zu gefährden. Es ist aber dennoch so, dass das Black Sea Grain-Agreement im August dieses Jahres beendet worden ist. Die Ukraine hat nun einseitig einen Exportkorridor erklärt. Das funktioniert vielleicht in geringem Maße, soweit ich weiß - 31 Schiffe bis jetzt, immer auch in der Hoffnung, dass diese Schiffe nicht angegriffen werden. Also ich glaube, der funktionierende Black Sea Grain-Korridor wäre ein ganz wesentlicher Schritt, auch um die Preise weltweit wieder weiter normalisieren zu können. Frau Thieme hat es gesagt, die sind zwar nicht mehr so enorm hoch

wie unmittelbar nach dem Angriff, aber wir haben eben immer noch 30 Prozent höhere Nahrungsmittelpreise als 2019. In Afghanistan ist das größte Problem die katastrophale Verwaltung des Landes. Das spielt eine wesentliche Rolle. Wenn ich zum Beispiel 50 Prozent der Bevölkerung, nämlich die Frauen, von allen wirtschaftlichen Tätigkeiten ausschließe, hat das natürlich auch verheerende Folgen für das Land als solches. Sanktionen gegen Afghanistan betreffen zum Beispiel den Bankensektor. Der Bankensektor ist enorm wichtig für ein Land, um wieder wirtschaftlich auf die Beine kommen zu können. Aber da braucht es beide Parteien. Und der Bankensektor ist ja auch deswegen sanktioniert worden, damit Terrorfinanzierung unterbunden werden kann. Also da bedürfte es gemeinsamer Anstrengungen. Aber da sind die Probleme natürlich ganz grundlegender Natur und können in meinen Augen nicht zurückgeführt werden auf Sanktionen. Obwohl ich auch nicht ausschließen will, dass Sanktionen einen negativen wirtschaftlichen Einfluss auf das Land haben. Es ist - der Abgeordnete von den Grünen hat es vorhin auch schon gefragt - natürlich immer ein ganz, ganz schwieriger Sachverhalt, denn die Sanktionen haben ja auch ihre Gründe und diese Gründe bestehen leider fort, sodass die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen auch damit zusammenhängen. Ich hoffe das beantwortet Ihre Frage Ja, vielen Dank.

Der **stv. Vorsitzende**: Wir sind gut in der Zeit und können eine geordnete zweite Runde starten. Und hierzu erteile ich Kollegen Funke von der SPD-Fraktion das Wort.

Abg. **Fabian Funke** (SPD): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich würde diese zweite Runde nutzen, um verstärkt auch auf das Thema Wassersicherheit - das noch nochmal zu thematisieren. Das hat ja viele Parallelen, auch zum Thema Ernährungssicherheit als solches. Auch deswegen, weil es natürlich in Krisenzeiten sehr problematisch ist, sehr stark leidet, weil es auch in großer Abhängigkeit zu Veränderungen durch die Klimakrise steht und viele, viele weitere Parallelen. Deswegen an Herrn Rück erst einmal die Fragen: Welche Lösungsansätze haben



wir denn? Was braucht es denn auch von deutscher Seite, um Wassersicherheit in Zukunft gerade in solchen Krisenregionen besser darzustellen? Welche Rolle spielt auch das ganze Thema öffentliche Daseinsvorsorge bei diesem Thema, gerade auch für die Frage der Stabilisierung von Gesellschaften, der Stabilisierung von Konflikten? Und gleichzeitig aber auch die Frage, Herr Lucks hat für das Thema Ernährungssicherheit darauf hingewiesen: Also vor welchen besonderen Herausforderungen stehen wir denn, wenn wir insbesondere die Ungleichverteilung bei Geschlechtern, vielleicht auch die special needs, sehen? Und welche Maßnahmen brauchen wir insbesondere auch mit der Maßgabe eines feministischen Ansatzes, um diesen speziellen Problemen, die Frauen und Mädchen in diesem Kontext haben, zu begegnen? Und ich hätte auch noch eine Frage an Herrn Frick; Herr Lucks hat es angesprochen: Das ganze Thema - die aktuelle Situation in Israel und den palästinensischen Gebieten. Sie haben ja schon ein bisschen dargestellt, was auch Ihre lange Tradition in der Arbeit gerade in den palästinensischen Gebieten betrifft. Und da würde mich interessieren: Was sind denn jetzt Maßnahmen, die es da auch ganz konkret braucht, um gerade die ja von der Hamas verursachte schlechte humanitäre Situation schwierige humanitäre Situation insbesondere für die palästinensische Zivilbevölkerung zu verbessern? Und die gleiche Frage aber auch an Herrn Rück, was das Thema Wasserversorgung betrifft, die ja aus verschiedenen Gründen auch in Palästina gerade schwierig ist. Also: Was können wir da konkret tun? Was braucht es da, um für Stabilität zu sorgen, gerade für die Zivilbevölkerung, die da auch unter den terroristischen Aktionen der Hamas leidet?

Der **stv. Vorsitzende**: Dankeschön. Dann hat als erster Herr Rück die Möglichkeit, zu antworten.

**SV Johannes Rück**: Vier Minuten; ja, natürlich. Wir haben es in meinem Eingangsstatement gehört. Wasser ist, wie auch Nahrung, überlebenswichtig. Das heißt, im Sinne des Rechts auf Nahrung, im Sinne der Menschenrechte für Wasser und Sanitärversorgung müssen wir oder haben wir da eine humanitäre Verpflichtung. Die

resultiert aus dem Recht für ein Leben in Würde und das ist definitiv notwendig. Dafür braucht sie Mittel. Im WASH-Bereich ist die Unterfinanzierung, die Herr Dr. Frick angesprochen hat, im humanitären System sogar noch niedriger als im Bereich Nutrition und Food. Aber das gilt ja im Prinzip für alle Bereiche. Ich möchte jetzt insbesondere auf Punkte eingehen, die eher dann sich auf Ursachen beziehen und langfristiger sind. Sie haben es angesprochen. Das bezieht sich dann auch mehr oder weniger auf die vier „Cs“ und natürlich auch auf die Rolle der Schwächsten, auf die Rolle von Frauen. Wir brauchen eine Wasserwende. Wir sprechen im Bereich Klima immer über die Energiewende, aber es braucht auch eine Wasserwende. Nur drei Prozent der globalen Klimafinanzierung gehen in den Wassersektor. Und das ist, wenn man sieht, wie wichtig Wasser eigentlich ist im Sinne der Klimafolgen, definitiv zu wenig. Es braucht da gut verzahnte Ansätze. Also auf Umsetzungsebene ist eigentlich vieles bekannt und es gibt viele innovative Möglichkeiten. Also das beginnt beim besseren Grundwassermanagement, mit digitalen Möglichkeiten, die Bewässerung in der Landwirtschaft, Tröpfchenbewässerung als Stichwort, Grauwassernutzung, Erschließung von Nährstoffkreisläufen. Wir haben das vorhin ja gehört. Wie viel Chemie wird benötigt? Also Einsparung von Kunstdünger, Nutzung von Klärschlamm, Humus etc. Das passiert viel zu wenig, auch bei uns, zumindest wenn es menschliche Fäkalien betrifft. Natürlich müssen wir die Infrastruktur auch gegen die Risiken anpassen. Es braucht robustere Designs, überflutungssichere Latrinen, tiefere Bohrlöcher, erneuerbare Energien für die Förder- und Distributionssysteme, wassersparende Sanitärsysteme. Also da gibt es eine große Bandbreite. Wir müssen aber auch die Menschen erreichen, die am stärksten leiden. Die brauchen unsere Unterstützung. Das heißt, wir müssen auch denen helfen, die gar keine Infrastruktur haben. Das ist nicht nur Anpassung von Bestehendem, sondern Zugang selbst macht resilient. Und das fehlt oft, zu oft. Auch die deutsche Entwicklungspolitik ist zu wenig armutsorientiert. Im Bereich WASH gehen nur 16 Prozent in LDCs, in die ärmsten Länder, und nur 30 Prozent werden in eine Basisversorgung investiert. Insbesondere Frauen würden profitieren - grundsätzlich von WASH, wenn man armutsorientierter arbeiten würde. In 80 Prozent



der Haushalte sind es nämlich Frauen, die dort, wo kein direkter Wasserzugang da ist, fürs Wasserholen verantwortlich sind. Das sind 200 Millionen Stunden pro Tag. Wir müssen WASH definitiv als essenziellen Bestandteil der Gesundheitssysteme verankern, Prävention, mehr langfristig denken. Schulen sind ein Schlüsselort für die Gesundheitsprävention. Dort können Kinder Hygieneverhalten erlernen, wichtige Routinen erlernen. Gesundheitsstationen sind sehr oft unterversorgt und das ist genau dort der Fall, wo auch Hunger ein Problem ist. Und dann geht man in die Gesundheitsstation und kommt mit einer neuen Infektion wieder raus. Das sind wortwörtlich Krankenstationen. Es gibt da auf jeden Fall das Präventionsparadox, auch im WASH-Bereich. Also wir entfalten eine langfristige transformative Wirkung nicht vielleicht die Kurzfristige. Deswegen wird oft nicht investiert. Aber wir wissen eigentlich alle, das Unterlassen von Investitionen hat ungleich höhere Folgekosten.

Der **stv. Vorsitzende**: Dankeschön. Dann würde ich an Herrn Dr. Frick weiterleiten.

SV Dr. **Martin Frick**: Ja, vielen Dank. Ich hatte bereits von der Situation in Gaza gesprochen vor dem 7. Oktober. Die war bereits sehr, sehr schwierig, mit Kürzungen von Lebensmittelrationen, ungefähr 1/3 der Bevölkerung von Hunger bedroht. Die Lage hat sich natürlich dramatisch verschlechtert. Man muss sich vorstellen, Gaza ist so groß wie eine Marathonstrecke, 42 Kilometer. Und in diesem kleinen Gebiet haben sie nun in den letzten Wochen 1,4 Millionen Menschen auf den Weg in den Süden gemacht, um möglicherweise in Sicherheit zu kommen. Es sind natürlich immer noch etliche Menschen im Norden Gazas akut bedroht. Das Ausrufen einer sicheren Zone hilft vielen nicht, die einfach gar nicht mobil sein können. Ernährungsmäßig kann ich zum Beispiel sagen, wir haben mit 23 Bäckereien zusammengearbeitet, um die Menschen mit Brot zu versorgen. Eine einzige davon funktioniert nicht und so ist eine der Kernforderung, dass wir dringend Treibstoff in Gaza bekommen müssen, um Generatoren betreiben zu können, um Meerwasser entsalzen zu können, Wasser liefern zu können und eben auch, um

Grundnahrungsmittel wie Brot produzieren zu können. Wir hatten, Gott sei Dank, in Essen - Zugang mit humanitären Lieferungen, mit Lastwagen über Ägypten in Gaza. Aber das ist im Wesentlichen unzureichend. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir bräuchten mindestens, und das ist das untere Limit, 100 Lastwagen pro Tag. Da kommen wir nun an die Grenze der Leistungsfähigkeit des Grenzübergangs mit Ägypten. Und deswegen ist auch eine Forderung, Sie haben das übers Wochenende wahrscheinlich auch in den Medien gelesen, dass weitere Grenzen geöffnet werden, damit wir die Bevölkerung humanitär versorgen können. Und das geht überein mit der Frage, ich hatte es bereits gesagt, 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Vereinten Nationen bereits getötet. Wir brauchen natürlich eine humanitäre Feuerpause, um Hilfe überhaupt leisten zu können und danach einen sicheren und dauerhaften Zugang für mehr Hilfsgüter. Was man übers Wochenende auch gelesen hat, ist, dass die gesamte Telekommunikationsinfrastruktur im Gazastreifen nicht funktioniert. Etwas, was vielleicht über WFP weniger bekannt ist, ist wir leisten Kriseninfrastruktur. Wir bauen zum Beispiel nach Erdbeben, Kommunikationsinfrastruktur auf. Wir stehen bereit, wir können das machen. Aber das geht natürlich nur in einem sicheren Raum. Und dass funktionierende Telekommunikation natürlich eine Grundvoraussetzung ist, um überhaupt humanitäre Hilfe leisten zu können, versteht sich eigentlich von selbst. Momentan, und das spiegelt das, was ich als Forderungen formuliert habe, ist das alles nicht gegeben und deswegen ist es fast unmöglich, humanitäre Hilfe zu leisten. Die Lage ist tatsächlich so verzweifelt, dass am 21. Oktober eines unserer Lagerhäuser gestürmt worden ist. 80 Tonnen Nahrungsmittel sind geraubt worden. Ich zögere, ein bisschen, geraubt zu sagen, weil es einfach ein Ausdruck der Verzweiflung ist, dass die Menschen nicht genug zu Essen haben. Ich glaube, man kann schlecht überbetonen, wie dramatisch die Lage für die Zivilbevölkerung ist. Gleichzeitig sind wir natürlich auch zutiefst besorgt darüber. Über diese Fälle, in denen zivile Infrastruktur als Schutzraum eben auch für die Hamas missbraucht wird. Und auch so und das will ich nun ganz deutlich sagen, eben auch die betroffene Seite große Schwierigkeiten hat, tatsächlich Ziviles und Kämpfer voneinander zu





trennen. Insgesamt also wirklich eine katastrophale humanitäre Situation.

**Der stv. Vorsitzende:** Vielen Dank. Als nächstes erteile ich Dr. Jonas Geissler für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

Abg. Dr. **Jonas Geissler** (CDU/CSU) Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine erste Frage wäre an die Frau Thieme noch mal vor dem Hintergrund, dass sie in ihrer Stellungnahme eigentlich sehr eindringlich auf die unterschiedlichen Gründe für Hunger eingehen und auch schreiben, dass es ja durchaus Länder gibt, die seit 2000 sich besser entwickelt haben. Das war eine ganze Reihe von afrikanischen Ländern, denke ich. Erster Teil der Frage wäre, haben die sich besser entwickelt, weil es denen damals so schlecht gegangen ist, dass es eigentlich kaum noch schlechter gehen könnte? Oder welche Gründe würden Sie da dafür sehen, dass das so ist? Zweiter ist, Sie sprechen ganz viel von einem Paradigmenwechsel, der gemacht werden müsste. Und da jetzt mal ganz konkret: Also ein Paradigmenwechsel, insofern dass man mehr auf quasi staatliche Strukturen setzen müsste bzw. also die Zivilgesellschaft vor Ort zu stärken, Demokratieförderung? Oder Paradigmenwechsel, indem man humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe so verknüpft, dass man eigentlich mehr oder weniger Frühwarnsysteme schaffen kann? Auch das schreiben Sie – Nur, wie ich das richtig zu verstehen habe? Und die zweite Frage wäre an den Herrn Kovac: Ich habe Sie vorhin gefragt, was eigentlich Ihr finanzieller Mittelbedarf ist. Dann haben Sie gesagt, aktuell haben Sie fünf Millionen Euro. Man bräuchte 20 bis 30 Millionen. Also sind die fünf Millionen der Hebel für die 20 bis 30 Millionen, die man unter Umständen privatwirtschaftlich möglich machen kann, oder waren damit ganz konkret staatliche Mittel gemeint? Und dann: Sind Sie denn der Auffassung, dass man quasi die Nachhaltigkeitsziele, also gerade kein Hunger bis 2030, mit Innovationen tatsächlich erreichen könnte? Weil, bei Vielen ist das immer wieder angeklungen, dass Innovation eigentlich etwas ganz Zentrales ist. Weil, wenn man sich die reinen Zahlen anschaut, hat man ja wenig Hoffnung, dass das tatsächlich klappen könnte

**Der stv. Vorsitzende:** Dankeschön. Damit erteile ich Frau Thieme das Wort.

Sve **Marlehn Thieme:** Ja, herzlichen Dank. Also man kann nicht sagen, dass die Situation von den ganz schlimmen von Hunger betroffenen Ländern besser geworden ist und die mäßigen nicht besser. Da gibt es kein Muster. Das ist in der Tat eine wirklich sehr regional diverse Struktur, wo die Entwicklungen besser sind. Aber klar ist, und das deutete ich ja an, dass eine gute governance, eine gute Regierungsführung, immer dazu beiträgt, dass die Hungersituation besser ist. Wenn ein Land wie Ghana oder wie auch Äthiopien sich wirklich diesem Ziel verschreibt und sagt: Wir wollen die Situation für die Ernährung unserer Mitbürger und Mitbürgerinnen verbessern, dann klappt das auch. Und das ist natürlich ein ganz wichtiger Hebel. Und da setzt ja auch die Idee an, die die Vereinten Nationen und die das Welternährungsprogramm mit dem Food System Summit gemacht hat: Dass sie sagen, wir müssen tatsächlich versuchen, alle Player von den Regierungen über die Unternehmen bis hin zu den Menschen an einem Punkt zusammenbringen, damit man sich gemeinsam verabredet, wie so etwas gehen kann. Und einen nationalen Plan zu erstellen, der auch Milestones enthält und an dem man das dann entlang von der Technik wie von der Wirtschaft, wie von der Regierung daran arbeiten kann. Und ich glaube, das ist ein wirklicher Paradigmenwechsel. Der andere ist tatsächlich, dass man die humanitäre Hilfe und die Entwicklungskooperation stärker zusammendenkt und auch präventiver ausrichtet. Ich sagte es vorhin schon, wenn das Kind erst in den Brunnen gefallen ist, kostet es viel mehr, es wieder rauszuholen, als wenn man es vom Brunnen fernhält. Und daher plädieren wir sehr stark für die vorausschauende humanitäre Hilfe dann, wenn Länder absacken, nicht nur in der Governance. Vor allem kann man das aber besonders gut, auch gerade wegen der technischen Möglichkeiten dann, wenn Dürren oder Überschwemmungen drohen. Aus Wetterlagen, die länger berechenbar sind und die wir heute aufgrund der Navigationssysteme vorausberechnen können und womit wir tatsächlich innovative, vorausschauende humanitäre Hilfe in Gang setzen können, wenn die Notlage noch nicht da ist. Und dafür braucht



man natürlich Wetterklimadaten, basierte Risikoanalysen und Frühwarnsysteme. Wir haben das an unseren Küsten auch, und wir haben das auch in den ländlichen Regionen unseres Landes. Da wissen die Landwirte zum Beispiel, wann sie anfangen müssen, frühzeitig zu bewässern. Und hier kann man tatsächlich durch eine verbesserte Koordinierung zwischen den Regierungen, zwischen den Landwirten und den Nichtregierungsorganisationen so koordinieren, dass tatsächlich präventiv geholfen wird. Wir haben das als Welthungerhilfe in Madagaskar ausprobiert und das funktioniert wirklich sehr gut, sehr erfolgreich. Es kostet vor allem viel weniger. Und das ist das Entscheidende, dass man dort, wo die Gefahr von Dürre-bedingten Notlagen besonders groß ist, dass man dort Frühwarnsysteme etabliert. Dafür braucht man natürlich eine Finanzierung, die überjähig immer dort ist, aber die man natürlich auch unter der Ägide der Vereinten Nationen oder Rote Halbmond, Rotes Kreuz stellen könnte, wo man dann auch einen Eigenbeitrag von den Ländern erwarten kann. Aber wo tatsächlich die Koordinaten die Daten zusammengefasst werden und wo man beim Übersteigen eines Schwellenwertes ein System auslöst, was dann eine stärkere Bevorratung oder die Freigabe von bevorrateten Nahrungsmitteln ermöglicht. Und wir würden es sehr befürworten, wenn Sie auch als Bundestag für diese Erneuerung offen sind, weil wir glauben, damit auch Kosten sparen zu können.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank, nun Herr Kowatsch.

**SV Bernhard Kowatsch**: Ja, auch sehr gute Frage. Vielen Dank noch einmal, Herr Dr. Geissler für Ihre Frage. Wir haben jetzt als World Food Innovation Accelerator schon über 20 Millionen Dollar an jährlicher Finanzierung durch die verschiedensten Partner, das heißt durch die initiale Investition durch Deutschland. Jetzt sind auch viele andere Geldgeber aus Regierungsperspektive, die US-Regierung die Niederlande, Belgien, Luxemburg, Österreich, Frankreich mit an Bord. Gerade aus europäischer Perspektive sehr spannend, aber auch zum Beispiel die Bill- und Melinda-Gates-Stiftung, Firmen wie Google, die uns jetzt inzwischen unterstützen. Das heißt,

wir haben einerseits jetzt schon einen Hebel. Was ich ansprach, wären tatsächlich zusätzliche Geldmittel, einerseits von Regierungsseite, wir wären sehr dankbar über eine weitere Zuwendung, aber auch von Regierungen, Stiftungen, aber auch der Privatwirtschaft. Wir wissen, viele der Innovationen, an denen wir arbeiten, brauchen Anschubfinanzierung. Um diese Anschubfinanzierung zu leisten, um ihre Wirkung dann eben auch zeigen zu können, braucht es das initiale Investment und auch das Verständnis von Innovationen, die Logik, warum diese Investitionslogik eben auch Sinn macht. Und das ist eben wichtig in dem Bereich. - Gerade hat der UN Capital Development Fund das allererste Mal einen Fond aufgesetzt für Kredite und Garantien, um wiederum Start Ups und Kleinunternehmen zu unterstützen. Das heißt nicht nur Grants, Fördermittel, sondern eben auch wirklich Kredite. Das heißt, das Geld kommt wiederum herein. Der privatwirtschaftliche Ansatz, nachhaltige Lösungsansätze über die man dann eben auch weiter den Impact vergrößern kann. Und in der Privatwirtschaft selbst, also Google zum Beispiel. Wir haben das vor einem Monat gerade angekündigt: Google hat 2,8 Millionen Dollar an uns gespendet und wir führen gemeinschaftlich ein Accelerator Programm im Bereich der Nothilfe durch. D.h. wir nutzen nicht nur die Kapazitäten von Google, sondern auch Geldmittel, die von Google gespendet werden, in dem Fall. Und nicht zu vergessen: public private partnerships. Ein Beispiel aus dem Foodsystems-bereich, nennen wir Farm to Market Alliance, wo World Food Programme, Bayer, Syngenta, Rabobank, Yara International und andere Partner zusammenarbeiten, um von Kleinbauern Essen einzukaufen, Kredite, Saatgut und Düngemittel zu vertreiben, aber auch wiederum den Überschuss wieder in die Food Systems weiterzugeben. Und das ist ein marktwirtschaftliches System, das tatsächlich auch so konzipiert ist. Zur zweiten Frage: Kann durch Innovationen eine Welt ohne Hunger erreicht werden? Also: Nicht nur, man muss auch Kriege beenden, man muss auch gerade, - also alles, was die Bundesregierung macht im Sinne von Verhandlungen, Also das ist notwendig und wichtig. Aber durch Innovationen können wir tatsächlich sehr viel Fortschritt machen. Ich gebe nur ein paar Beispiele, nur als Ideen und kann gerne mehr dazu reden. Eines unserer Startups, das wir unterstützt haben, heißt



Ignitia. Die zum Beispiel stellen Präzisionslandwirtschaft für Kleinbauern zur Verfügung. Und selbst wenn die nicht lesen können, sie nutzen Satellitendaten, künstliche Intelligenz, und die Kleinbauern bekommen also quasi eine SMS, wo dann steht: Dieses Symbol bedeutet, es kommt ein Sturm oder ich soll Saatgut ausbringen. Das ist quasi ein hyperlokales Beispiel. Die haben 500.000 zahlende Kleinbauern in verschiedensten Ländern in Afrika schon. Anderes Beispiel: wir haben eine Lösung, SheCan, wo wir Mikrofinanzierung an Bedürftige, gerade Frauen, geben, die klassischerweise ausgeschlossen sind von Mikrofinanzierung. Und es gibt ja viele weitere Beispiele, über die wir uns dann auch weiter noch austauschen können. Danke sehr!

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank für die grünen Fraktion Boris Mijatovic.

Abg. **Boris Mijatović** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Liebe Expertinnen, liebe Experten, vielen Dank für Ihren Einblick. Auch die Vielfalt an Themen, die Sie angesprochen haben, die Regeln dieser Veranstaltung und auch der Titel zwingen mich dazu mich auf einige zu konzentrieren. Ich richte daher meine Fragen an Frau Schneider und Herrn Rück. Wir haben im Ausschuss für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe häufig die Debatte über vorausschauendes Arbeiten. Wir sind im Nexus oder auch in der Lokalisierungsstrategie unglaublich weit zu überlegen, wie wir in den Regionen Strukturen aufbauen können, die auf die einzelnen Folgen der Wetterveränderungen, der Wetterextreme reagieren. Wir haben es jetzt in Acapulco gesehen, ein Ort, der eigentlich nicht für Entwicklungshilfe steht, wenn ich das mal so deutlich sagen darf, dass dort dann entsprechend Zustände eintreten, die wir dringend dann auch mit internationaler Hilfe unterstützen müssen. Meine Frage geht also in die Richtung: Was machen wir international? Weil, im Titel steht ja auch Lösungen. Wir haben jetzt ganz viele Probleme gehört, ganz viele Ursachen auch gehört. Mich würde interessieren, Frau Schneider, Sie haben in Ihrem Beitrag ja auch gesprochen von dem Welternährungsausschuss, wie die Reformen dort stehen, wie wir

auch die Kooperationen stärken können. Die Golfstaaten machen immer noch einsam ihre Entwicklungshilfe, auch entlang von bestimmten Parametern, die wir ausdrücklich nicht setzen. Das muss man ja auch sehen im internationalen Kontext. Und in Sachen WASH das Beispiel Libyen. Wir haben die Dämme, die dort zu sanieren waren, seit zehn, zwölf Jahren ange-mahnt. Wir haben Gelder international bereitgestellt. Jetzt ist es auch wieder ein aufgeheiztes Mittelmeer, das dieses Sturmtief Daniel sozusagen noch einmal beschleunigt und befeuert hat und dort entsprechend viele Menschen überflutet ihre Häuser verloren, ihr Leben verloren haben. Und trotzdem war im Land zu sehen, dass wir mit dem Aufbau lokaler Strukturen im Bereich der Gesundheit Hilfen von West nach Ost transportieren konnten. Ich will das Beispiel nicht überstrapazieren, aber für mich ist das eine der Möglichkeiten jenseits der Debatte um Geld, dem Versprechen der Agroindustrie oder der Düngemittel, zu überlegen, was man lokal machen kann. Das wären meine Fragen an Sie. Vielen Dank und danke für Ihre Expertise.

Der **stv. Vorsitzende**: Frau Schneider, Sie haben das Wort.

Sve **Sarah Schneider**: Vielen Dank, ja. Das gibt uns die Gelegenheit, über eine Innovation im Bereich der globalen Ernährungs- und Hungerpolitik zu sprechen. Und das ist einmal der reformierte Welternährungs-Ausschuss CFS, Welt-ernährungs-Komitee, der letzten Monat in Rom getagt hat und wo sich die beteiligten Gruppen des CFS darauf geeinigt haben, dass ein Krisenmechanismus beim CFS eingerichtet wird, um sicherzustellen, dass die vielen Krisen, die immer häufiger auf uns zukommen, multilateral beantwortet werden können und dass die politische Antwort auf die Krisen global koordiniert abgestimmt werden. Und auch, um sicherzustellen, dass kurzfristige und mittelfristige Lösungsansätze einhergehen mit einer langfristigen Transformation der Ernährungssysteme. Dafür ist das CFS mit seinen 138 Mitgliedsstaaten und mit einem Ausschuss für die besonders betroffenen und vulnerablen Gruppen die am besten geeignete Plattform, die so eine Diskussion



führen kann. Entsprechend ist es sehr zu begrüßen, dass jetzt im Arbeitsplan für das CFS dieser Krisenmechanismus verankert wurde. Es geht im Endeffekt jetzt darum, diesen Mechanismus zu stärken und weiter auszugestalten. Da ist dann natürlich auch die Bundesregierung, die das CFS ja auch eng begleitet, gefragt, diesen weiter zu stärken, unter anderem auch dafür zu sorgen, dass insbesondere relevante Themen von den besonders betroffenen Ländern, aber auch Themen, die insbesondere der zivilgesellschaftliche Ausschuss mit einbringt, dort aufgegriffen werden können und dadurch eine klare Menschenrechtsorientierung in der Krisenbekämpfung zu gewährleisten und eben langfristig eine Transformation anzusteuern. Wichtig ist vielleicht auch noch, dass der CFS keine beliebige Multi-Stakeholder Plattform ist, wo die verschiedenen Akteure zusammenkommen, sondern es ist besonders hervorzuheben, dass die Rollen und Verantwortungen ganz klar getrennt sind. Es ist ganz, ganz klar, dass die Regierungen die Rolle haben, - also dass sie Rechte gewährleisten und umsetzen sollen und dass die betroffenen Gruppen, insbesondere auch als Rechtsträger, Rechtsträgerinnen gesehen werden und durch die verschiedenen Mechanismen eben alle Beteiligten Akteure zusammenkommen. Es gibt klare Regeln für die Kooperation und Teilhabe und Mitsprache, sodass dann Lösungen geschaffen werden können, die auch wirklich in der Praxis auf die Bedürfnisse eingehen von den besonders betroffenen Gruppen, also wirklich Lösungsansätze, die auch in der Praxis dann den bestmöglichen Erfolg erzielen. Danke.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank! Dann erteile ich Herrn Rück das Wort.

**SV Johannes Rück**: Danke für die Frage. Ja, also im Prinzip haben wir das mehrfach gehört, die meisten Kontexte, wo Wasser ein Problem ist, wo Hungern ein Problem ist, wo wir humanitäre Krisen haben, durch ein Zusammenkommen von Stressfaktoren und Schocks gekennzeichnet. Und bei den Stressfaktoren ist Fragilität, grundsätzlich haben wir ja auch mehrfach gehört, ein ganz, ganz wichtiger Faktor. Und wenn man jetzt schaut, was können wir von der humanitären Hilfe im Feld erwarten? Oder auch dann, wie Sie angesprochen

haben, im Humanitarian Development Peace Nexus, also der Zusammenarbeit zwischen den Sektoren? Da müssen wir natürlich erst mal die Ausgangssituation betrachten und sehen, die humanitäre Hilfe kann kaum ihr eigenes Mandat erfüllen. Die Entwicklungsakteure sind aktiv, verfügen über vielfach notwendiges Wissen und Kompetenzen, wenn es darum geht, Dinge langfristig anzupacken und wirklich mal einen Unterschied zu machen und wirklich langfristig aus der Not rauszukommen, haben aber natürlich auch mit vielen Hindernissen in den äußerst fragilen Kontexten zu arbeiten. Also welchen Entwicklungsakteur finden Sie in Libyen? Was macht die KfW Entwicklungsbank in Libyen? Da werden Sie vermutlich nicht viel finden. Das muss sich aber nach unserer Ansicht definitiv verändern, denn gerade in fragilen Staaten wird sich entscheiden, ob wir SDGs erreichen können oder nicht. Hier ist es schwieriger, aber genau hier muss internationale Hilfe auch ansetzen, auch im Sinne des Leave no one Behinds und hier sind Potenziale, auch Gesellschaften zu stabilisieren. Also dass wir eben zu Governance Strukturen auch dort beitragen, wo der Kontext fragil ist, dass wir dort auch zu den rechtlichen Rahmenbedingungen, Antikorruption usw. arbeiten. Das tun in der Regel Humanitäre nicht und die haben es in der Regel auch nicht erlernt. Das heißt, wir brauchen auch die anderen Akteure dort, wo es sozusagen weh tut. Und jetzt hinsichtlich der konkreten Aspekte: ,Vorausschauende humanitäre Hilfe haben wir gehört, sehe ich als sehr wichtig an. Es gilt dann aber natürlich auch der Wiederaufbau. Da sind wir auch im Prinzip bei einem Kompetenzbereich aus der Entwicklungszusammenarbeit, dass eben so etwas wie entsprechende Dämme katastrophensicher wieder aufgebaut werden. Menschen gehen schnell zu business as usual über, auch nach Katastrophen. Und hier gibt es diesen vielfach zitierten Satz "it's built back better", das ist natürlich entscheidend. Aber wird das in Libyen passieren? Fragezeichen aufgrund der Rahmenbedingungen. Hier sollte auch Deutschland bessere oder enabling environment im Moment weiter fördern. Man hat viel gemacht beim Nexus, das wurde erwähnt. Aber auch hier: Flexibilisierung, längere Zeiträume sind weiter wichtig. Es gibt definitiv gute Entwicklungen. Auch die KfW arbeitet heute mehr in fragilen Kontexten als früher. Wir haben die Bargeldhilfe



ausgebaut, mit der man viel machen kann. Die vorausschauende humanitäre Hilfe wird ausgebaut und ich denke, da präventiv zu denken und weiter darauf zu setzen, dass sich solche Felder verbessern, ist sehr wichtig. Die Mittelkürzungen, die jetzt in den Haushalten vorab zu sehen sind, also gerade in der Übergangshilfe auch und insbesondere in der humanitären Hilfe, sehe ich hier absolut kontraproduktiv auch für die Zivilgesellschaft, die oft der Akteur ist, die in diesen Kontexten dann noch arbeitet, die fragil sind. Deutschland hat nur einen Anteil von 8 Prozent der Entwicklungsfinanzierung an zivilgesellschaftliche Akteure. Im OECD Durchschnitt sind das 17 Prozent. Das heißt, andere tun da viel mehr und da gibt es Nachbesserungsbedarf.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Als nächstes erteile ich Herrn Braun von der AfD das Wort.

Abg. **Jürgen Braun** (AfD): Vielen Dank. Ja, wir haben ja nun sehr viele Aspekte auch schon gehört. Ich wollte noch kurz ergänzen zu dem, was Professor Qaim gesagt hat. Ja, EU-Maßnahmen sehr problematisch sage ich aus meiner Sicht und da gerade interessant, dass die EU-Maßnahmen dann auch die hocheffiziente Landwirtschaft in den Niederlanden, die eben sehr modern agiert und viele Fehler aus den letzten Jahrzehnten auch vermeidet massiv bekämpft. Und das sind Dinge, die sicherlich weltweit betrachtet auch nicht besonders erfolgreich sind. Für die Entwicklung nicht. Frage an Frau Thieme: Die Agrarflächen werden weiterhin vielfach auf der Welt umgestellt von Nahrungsmittelproduktion auf Energiepflanzen. Das heißt, es steht weniger Platz, weniger landwirtschaftliche Fläche, zur Verfügung. Wie stehen Sie zu dieser Entwicklung? Und dann weitere Frage, die eben ja die Folgen der Coronamaßnahmen betrifft. Da hat David Beasley, der ja viele Jahre Präsident des Welt Ernährungsprogramm war und auch bei uns im Ausschuss sehr häufig war, hat auch im Ausschuss mehrfach gesagt, dass die Coronamaßnahmen auch ein ganz wesentlicher Faktor in den letzten Jahren gewesen sind und die Ernährungslage in der Welt erschwert hat durch diese Kontaktverbote, durch Handelsbeschränkungen usw. Wie sehen Sie das, Frau Thieme, aus der Sicht der Welthungerhilfe?

Sve **Marlehn Thieme**: Herzlichen Dank! Ich würde jetzt gerne einen Satz zur niederländischen Landwirtschaft sagen, wenn man sein Grundwasser so verschmutzt, wie die Niederländer das in den letzten Jahrzehnten mit ihren überzogenen Tierhaltung-Größenordnungen gemacht hat, dann würde ich diesen Fortschritt wenigstens infrage stellen. Aber zu Ihrer Frage an mich, Energiepflanzen oder Ernährungsproduktion. Diese Flächenkonkurrenz haben wir ja schon seit sehr vielen Jahren auch sehr prominent zugespitzt: Tank oder Teller. Als Welthungerhilfe können Sie sich natürlich vorstellen, dass wir sagen: Ernährungssicherung muss immer Vorrang vor einer anderweitigen Verwertung von Agrarprodukten haben. Das heißt ja nicht, dass man nicht Baumwolle anbauen kann. Aber das große Problem an Biokraftstoffen ist, dass sie dort angebaut werden, wo auch Nahrungsmittelproduktion besonders gut möglich ist und besonders effizient ist. Und das noch hinzukommt, dass die Futtermittelproduktion, Soja in Südamerika zum Beispiel, tatsächlich dazu führt, dass Schutzgebiete, Urwald, der Amazonas, Sümpfe und Moore zerstört werden. Und daher warnen wir seit langem davor, Biokraftstoffe vor die Ernährungssicherung zu stellen und haben auch für das menschenrechtliche Sorgfaltspflichtengesetz einen Standard entwickeln können und probiert und evaluiert, der Ernährungssicherheit in das Sorgfaltspflichtengesetz hineinnimmt, der auch tatsächlich praktikabel ist. Food Security Standard wird er genannt und das ist eine insofern ein Fortschritt für das menschenrechtliche Sorgfaltspflichtengesetz, von dem ich hoffe, dass es sich durchsetzen kann. Denn natürlich ist es auch so, dass unsere Form der Ernährung dazu führt und unsere großen Importdimensionen in der europäischen Union und in Deutschland insbesondere dazu führt, dass anderswo womöglich Menschen hungern müssen. Und Herr Professor Qaim hat gesagt, wenn hierzulande 1/4 aller Lebensmittel vernichtet werden, dann ist das eine echte Anfrage an uns, wie wir damit umgehen. Aus Sicht der Welthungerhilfe ist der Kampf gegen den Hunger durch diese vielen Komponenten deutlich verschärft. Soweit vielleicht dazu. Ich habe noch zwei Minuten. Wir haben gesehen, dass während der Pandemie in vielen Ländern des globalen Südens die Kontaktverbote dazu führten,



dass insbesondere die Menschen, die als Tagelöhner arbeiten, nicht mehr ihrer Arbeit nachgehen konnten. Sie hatten nicht mehr die Möglichkeit, ihre Dienste dort anzubieten, wo sie hingehen konnten. Sie mussten zu Hause bleiben. Und da viele sprichwörtlich von der Hand in den Mund leben, waren sie von einem Tag auf den anderen und das für längere Zeit wirklich von Hunger betroffen. Die Länder des globalen Südens haben auch sehr schnell erkannt, dass sie mit Kontaktverboten auf dem Holzweg waren, dass vielleicht auch ihre ja deutlich jüngeren Bevölkerungen besser mit den Coronaerkrankungen zurechtkommen, so dass die Abwägung zwischen einem Kontaktverbot und der Corona Pandemie-Eindämmung und der Möglichkeit, auch weiterzuarbeiten, eine andere war als im globalen Norden. Und wir haben auch in unseren Projekten gesehen, dass man zwar sehr genau auf Hygiene geachtet hat, dass man viel mehr mit Masken, so verfügbar, gearbeitet hat, aber dass man tatsächlich besser arbeiten ging als zu hungern.

**Der stv. Vorsitzende:** Vielen Dank. Dann erteile ich Kollege Heidt das Wort.

Abg. **Peter Heidt** (FDP) Ja, vielen Dank. Zunächst, Herr Professor Qaim. China setzt ja auf eine möglichst hohe Produktion von Nahrungsmitteln unter dem Verdacht, die FAO für seine eigenen geopolitischen Zwecke zu nutzen, beispielsweise durch die Lieferung von in Europa verbotenen Pestiziden an Partnerstaaten der Entwicklungszusammenarbeit. Besonders in der Kritik steht seitens der NGOs hier die im Oktober 2020 unterzeichnete Absichtserklärung mit Crop Life International. Wie bewerten Sie die Arbeit der FAO im Hinblick auf das Ziel, den Hunger in der Welt bis 2030 zu beenden und Nahrungsmittelsicherheit für alle Menschen zu erreichen? Aber auch im Hinblick auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt? Und dann würde ich gerne noch Frau Thieme ansprechen. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, die Bundesregierung müsse ihr Engagement für gute Regierungsführung erhöhen. Wir erleben aber leider nur allzu oft mit den verschiedenen Argumenten, dass Staaten sich in ihre Regierungsführung überhaupt nicht reinreden lassen, Simbabwe, Bangladesch, um nur zwei

Staaten zu nennen, die keinerlei Bedingungen akzeptieren. Sehen Sie Mittel und Wege, hier mehr Überzeugungsarbeit zu leisten? Wo können Politik und Diplomatie ansetzen, um gerade autokratische Staaten vom Mehrwert von Rechtsstaatlichkeit zu überzeugen? Und dann würde mich noch interessieren, Sie haben hier eben davon gesprochen, von Sicherungssystemen, die fehlen. In Ihrer Stellungnahme war von sozialen Sicherungssystemen die Rede. Aber ich habe das jetzt ein bisschen so verstanden, als ob Sie so eine Art Versicherungswirtschaft meinen. Vielleicht, dass Sie das noch etwas näher erläutern. Und was sollte nach Ihrer Auffassung dann die Politik machen, um das zu unterstützen oder eine Etablierung beizubringen? Danke.

**Der stv. Vorsitzende:** Ja, vielen Dank. Dann hat zunächst Professor Qaim die Gelegenheit zu antworten.

SV Prof. Dr. **Matin Qaim:** Die Führungen von internationalen Organisationen stehen natürlich unter besonderer Beobachtung und ich glaube auch nicht, dass komplett auszuschließen ist, dass die FAO unter der Führung des jetzigen Generalsekretärs sicherlich auch ein Stück weit für die geopolitischen Interessen Chinas agiert. Bis zu einem gewissen Grad. Aber ich denke, man muss hier das eine oder andere vielleicht differenzieren. Also wenn es tatsächlich darum geht, verbotene Pestizide in Staaten Afrikas oder auch Asiens zu liefern, dann denke ich, muss richtigerweise ein internationaler Aufschrei stattfinden, denn Pflanzenschutz ist wichtig und wir sollten auf keinen Fall Pflanzenschutz und auch nicht chemischen Pflanzenschutz komplett verdammen. Aber genauso ist natürlich auch wichtig, Erkenntnisse darüber, was nun tatsächlich wie giftig ist, und das im Kleinbauernsektor nochmal insbesondere, weil dort eben auch entsprechende Schutzmaßnahmen von den Menschen, die mit diesem Pflanzenschutzmittel umgehen. Also insofern ist das sicherlich nicht die richtige Politik. Ich nehme aber schon auch wahr, dass es natürlich eine Lagerbildung gibt, darüber, was die richtigen Ansätze sind, um die Landwirtschaft in Afrika beispielsweise zu fördern. Und sie muss gefördert werden aus Gründen der Lebensmittel-



produktion, aber auch aus Gründen der Wichtigkeit für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern aus sozialer Perspektive. Sie ist wichtigster Arbeitgeber und die Landwirtschaft steht vor enormen Herausforderungen, auch im Hinblick auf den Klimawandel. Und wenn man das beliebte Schlagwort Agrarökologie hört, was jeder nennt, aber jeder meint auch irgendwie ein Stück weit etwas anderes damit. Also wenn man Agrarökologie gleichsetzt mit Afrika benötigt weniger Düngemittel, dann ist das sicherlich falsch. Wenn man sich anschaut, wie wenig Kleinbäuerinnen und Kleinbauern Düngemittel heute verwenden, dann wäre an vielen Stellen ein Stück weit mehr, nicht unbedingt chinesische Verhältnisse, auch nicht unbedingt europäische Verhältnisse, aber ein Stück weit mehr sicherlich gut, gut für die Erträge und auch gut für die Umwelt, weil man dann pro Fläche eben ein Stück weit mehr produziert. Und ich nehme schon wahr in der Diskussion, aus Europa insbesondere heraus, ein romantisches Bild auf die Landwirtschaft. Wir stehen vor enormen Herausforderungen, was planetare Grenzen angeht. Und wenn wir uns anschauen, wir haben nur wenig Fläche, wir wollen diese Fläche für Lebensmittelproduktion, wir wollen möglichst auch noch Fläche haben, um Kohlenstoff zu speichern und Wälder anzupflanzen. Und insofern brauchen wir natürlich auf der gegebenen Fläche eine produktive Landwirtschaft. Und da gehört sicherlich ein Stück weit Düngemittel dazu. Da gehört auch sicherlich ein Stück weit andere Technologie dazu. Und das ist überhaupt kein Widerspruch gegen mehr Gerechtigkeit, überhaupt kein Widerspruch für Kleinbauern-Förderung. Aber wir dürfen uns nicht von diesen Romantizismen darüber, was vielleicht im Bilderbuch irgendwo sich jemand unter nachhaltiger Landwirtschaft vorstellt - Wir brauchen eine produktive Landwirtschaft, die umweltfreundlich ist und viel Lebensmittel auf der knappen Fläche produziert.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Frau Thieme.

**Sve Marlehn Thieme**: Zu Ihrer Frage zu der guten Regierungsführung, die Governance. Was kann man tun? Herr Dr. Frick hat das vorhin schon sehr klar angedeutet: Aus den Erfahrungen in vielen Ländern wissen wir, dass wir mit vielen lokalen

Akteuren sehr gut zusammenarbeiten können, die sich auch von ihren manchmal sehr zentral orientierten Regimen, die hier und da mehr von Korruption betroffen sind als die in der direkten Verantwortung gegenüber den Menschen stehenden lokalen Akteure, die da anders sind. Und diese zu befähigen, diese lokalen Akteure, partizipative Prozesse zu machen, sodass intrinsische Motivation aller auch an der Verfolgung gemeinsamer Ziele etabliert wird. Das ist das, was wir auch tatsächlich meinen, wenn wir mit der Governance-Förderung gehen. Und das kann durch alle Bereiche der humanitären Hilfe gehen. Dort wird es genauso möglich sein, wie wir es auch in der Entwicklungszusammenarbeit erfolgreich praktizieren. Und wo wir tatsächlich sagen, das ist eine komplementärere Herangehensweise, die auch die Frage von diskriminierten Bevölkerungsgruppen oder benachteiligten Frauen viel besser ermöglicht, weil diese Menschen sich auch aus der persönlichen Kenntnis heraus in ein größeres Commitment hinein entwickeln lassen. Und wenn die Entwicklungspolitik, die humanitäre Hilfe genau an diesen Punkten ansetzt, die Gruppen stärker in den Blick zu nehmen, private Geldgeber, institutionelle, aber eben auch intermediäre, die mitmachen können, dann hat das tatsächlich eine größere, nachhaltige Wirkung, auch der investierten Mittel. Und nicht immer nur alleine an dem Know how-Transfer anzusetzen, sondern auch an der Form. Wie kommt man zu einem gemeinsamen Erfolg. Zu den Versicherungssystemen? Ja, ich meine ganz besonders, dass es auch Versicherungssysteme und nicht nur staatliche Sozialsicherungssysteme, die braucht es auch, aber auch die Möglichkeit zu geben, dass man tatsächlich sich gegen Naturkatastrophen, wie wir das in unserem Land ja auch tun, und Herr Kovac kann uns wahrscheinlich sogar Projekte dazu nennen, wo so etwas mit internationaler Hilfe etabliert wird. Sie führen dazu, dass bei multiplen Krisen, die aufeinander kommen, tatsächlich die Möglichkeit besteht, einen Neuanfang zu gestalten. Und wenn man an die Anfänge unserer Wirtschaftsform denkt, dann ist es insbesondere ja immer die Frage: Wenn ich hingefallen bin, wie kann ich wieder aufstehen? Und dafür Mittel auch für den äußersten Notfall zur Verfügung zu stellen, das meinte ich damit. Das entbindet keinen Staat, auch im globalen Süden, davon, für besondere Notfälle soziale



Sicherungssysteme zu etablieren, weil sie auch dazu führen, dass die private Vorsorge, die ja häufig auch in einer großen Anzahl von Kindern gemacht wird, - Die sozialen Sicherungssysteme schaffen dort eine Entspannung für die Menschen, dass sie wissen, wenn ich alt werde, wenn ich krank werde, ich habe auch ein soziales Sicherungssystem. Das kann man in manchen Ländern Afrikas, die das auf einem ganz basic Niveau eingeführt haben, schon sehen, mit einem guten Impact auch auf die Bevölkerungsentwicklung. Und daher ist beides wichtig

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Der letzte in der Fragerunde wäre dann Herr Hunko.

Abg. **Andrej Hunko** (DIE LINKE.): Last but not least. Ja, ich würde gerne nochmal die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen zu den negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen in die Diskussion integrieren. Frau Professor Douhan, es wurde die Errichtung - Also ich glaube, dass man sagen kann und ich glaube, da sind wir uns auch einig, dass diese Sanktionsregime einen Effekt haben irgendwie auf die Nahrungsmittelsicherheit. Wie groß der ist, ist vielleicht strittig. Die Errichtung solcher Sanktionsregime folgt ja auch meistens erst einmal guten Motiven. Also man möchte jemanden bestrafen, der etwas Schlimmes getan hat. Ob das Saddam Hussein in den 90er Jahren war, ob das Milošević in Serbien Anfang der 90er Jahre war, ob das die Wahlfälschung in Belarus 2020 war oder der Überfall Russlands auf die Ukraine usw. und so fort. Die Frage, die sich mir nur stellt ist: Wer hat das Recht, solche Sanktionsregime auf Grundlage des Völkerrechts auszusprechen? Und wie ist die Bilanz solcher Sanktionsregime im Hinblick auf die proklamierten Ziele? Mein Eindruck ist eher, dass die gegenteiligen Effekte am Ende durchschlagend waren. Und zum Schluss vielleicht noch Ihre Empfehlungen an die deutsche Politik mit Blick gerade auf die möglichen negativen Auswirkungen, Stichwort Overcompliance. Was könnte, was sollten wir hier beachten in Deutschland? Vielen Dank.

Der **stv. Vorsitzende**: Frau Professor Douhan, Sie haben das Wort.

Sve Prof. **Alena Douhan**: Vielen Dank für Ihre Fragen. Sie sind in der Tat unglaublich wichtig, wenn wir über den humanitären Einfluss und die Auswirkungen auf das Recht auf Nahrung sprechen. Hier nur ein kurzer Überblick über die rechtlichen Verordnungen zu UN-Sanktionen im Allgemeinen. Wenn wir von Sanktionen sprechen, dann meinen wir in der Regel Sanktionen, die vom UN-Sicherheitsrat nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen verhängt werden. Das heißt, dass der Rat eine Situation bereits als Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit bzw. als Friedensbruch oder als Angriffshandlung eingestuft hat. In Wirklichkeit gibt es nur eine sehr begrenzte Anzahl von Maßnahmen, die auf Beschluss des UN-Sicherheitsrats verhängt werden können. Aber selbst in dieser Situation versucht der UN-Sicherheitsrat, eine humanitäre Ausnahme zu ermöglichen. Ich möchte diesbezüglich insbesondere auf die Resolutionen 2615 und 2664 verweisen, die nicht ausreichen, um diese Lieferungen zu gewährleisten. Gleichzeitig wird der Rat nach Wegen zur Erleichterung humanitärer Hilfe einschließlich der Lieferung von Nahrungsmitteln und Medikamenten suchen. Aus völkerrechtlicher Sicht gibt es natürlich noch einige andere Möglichkeiten, wie Staaten aufeinander Einfluss nehmen können. Und ich spreche hier zum Beispiel von nicht-freundlichen, aber legalen Maßnahmen, der sogenannten Retorsion, die nach dem Völkerrecht zulässig sind. Wenn zum Beispiel einem Staat die Politik eines anderen Staates nicht gefällt, kann er die diplomatischen Beziehungen einstellen oder die Zahl seiner diplomatischen Vertreter reduzieren. Sie können beschließen, dem Abkommen nicht beizutreten oder ein internationales Abkommen zu kündigen, allerdings in Einklang mit den Gesetzen des Vertragsrechts. Es besteht auch die Möglichkeit, Maßnahmen zu vollstrecken, und natürlich kann auch der direkt geschädigte Staat Gegenmaßnahmen einleiten. Ebenso kann im Falle der Verletzung sogenannter Verpflichtungen eine Gruppe von Staaten gegenüber dem Staat, der gegen das Völkerrecht verstoßen hat, Maßnahmen verhängen. Aber, noch einmal: Auch hier gilt es, nach den Gesetzen des Völkerrechts zu handeln. Und eine der Einschränkungen ist, dass die grundlegenden Menschenrechte niemals verletzt werden dürfen. Wie ist die Situation heute? Nun,





die Europäische Union kündigt den Einsatz unilateraler Sanktionen als außenpolitische Maßnahme an und verweist auf die Rechtmäßigkeit gemäß den Bestimmungen des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Aber aus völkerrechtlicher Sicht ist das rechtswidrig. Erstens ist zunächst zu prüfen, ob diese Maßnahmen mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands vereinbar sind, bevor unilaterale Maßnahmen beschlossen oder umgesetzt werden. Wenn dies der Fall ist, können die Maßnahmen umgesetzt werden. Zweitens muss, selbst wenn Gegenmaßnahmen ergriffen werden, im Vorfeld und im Nachhinein geprüft werden, ob diese Maßnahmen gegen grundlegende Menschenrechte verstoßen könnten. Und leider zeigt sich in meiner Arbeit, dass die grundlegenden Menschenrechte tatsächlich verletzt werden. Punkt Nummer drei. Aufgrund der Vielzahl von Sanktionen und Versuchen, unilaterale, verschiedene zivil- und strafrechtliche Sanktionen oder sekundäre Sanktionen für die Umgehung der Sanktionsregelung zu verschärfen, nimmt die übermäßige Einhaltung der Vorschriften leider zu. Die Staaten sind also verpflichtet, den Grad der Over-Compliance zu verringern oder gänzlich aufzuheben. Das bedeutet, dass sie verpflichtet sind, dafür zu sorgen, dass Unternehmen, die unter ihrer Rechtsprechung und Kontrolle handeln, nicht gegen die Menschenrechte verstoßen. Weiter bedeutet es, dass sie klare Leitlinien zur Anwendung humanitärer Ausnahmeregelungen bereitstellen und darüber hinaus sicherstellen müssen, dass sie in der Lage sind, die Unternehmen zu schützen und die Menschenrechte zu wahren. Andernfalls tragen auch sie zur Verletzung der Menschenrechte bei, selbst wenn die unmittelbare Verletzung durch unsere Überregulierung der Unternehmen erfolgt ist. Vielen Dank.

Der **stv. Vorsitzende**: Ja, vielen Dank. Wir sind am Ende der zweiten Fragerunde und würden nun zu der vereinbarten Schlussrunde kommen. Nach ständig geübter Praxis des Ausschusses gehen wir zum Schluss in umgekehrter alphabetischer Reihenfolge vor, sodass für das, was schon immer gesagt werden sollte, aber noch nicht gesagt wurde, jetzt Gelegenheit besteht. Und die erste Möglichkeit dazu hat Frau Thieme.

**Sve Marlehn Thieme**: Ja, meine Herren und Damen Abgeordneten. Sie haben sicher gemerkt, die Experten halten Hunger für das größte lösbare Problem der Welt. Das ist sicher kein einfacher Weg. Aber je mehr wir mit zusätzlichen Krisen konfrontiert werden, umso wichtiger ist es eigentlich, die Vision einer gerechten und lebenswerten Welt, wie die Agenda 2030 sie verspricht, festzuhalten. Die Experten sind der Meinung, dass die Weltgemeinschaft das Wissen hat und auch die Ressourcen, hier die Lösung anzugehen. Aber wir müssen sie richtig investieren und auch gerecht verteilen. Die Ursachen von Hunger sind komplex. Ich deutete es an und sie bedingen sich gegenseitig und sie sind oft menschengemacht und damit vermeidbar, wie zum Beispiel Korruption oder auch Klimaschäden, Konflikte, aber auch eben die mangelnden Investitionen in die ländlichen Räume. 80 Prozent der hungernden Menschen leben in ländlichen Räumen, wo ja eigentlich die Lebensmittel hergestellt werden. In Deutschland werden jährlich 11 Millionen Tonnen Lebensmittel verschwendet und damit verschwenden wir knappe Ressourcen wie Ackerböden und auch Lebensmittelressourcen, wie Wasser und auch die menschlichen Ressourcen. Anderswo werden Bäume gerodet, damit wir mehr tierische Produkte essen können. Daher ist es wichtig, dass auch wir in Deutschland lernen mit Lebensmitteln nachhaltiger umzugehen, um anderswo Nahrungsmittelsicherheit und Wasser ausreichend zu ermöglichen. Hierfür sind nationale Aktionspläne für einen nachhaltigen resilienten Ernährungssystemaufbau entscheidend. Die Einhaltung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten in globalen Wertschöpfungsketten auch auf EU- und UN-Ebene sind notwendig. Und nicht zuletzt: Ein Leben ohne Hunger bedeutet auch, mehr als nur etwas zu essen zu haben. Und wir glauben, dass wir als Welthungerhilfe hierzu auch besonders beitragen können und Sie auch, indem wir tatsächlich die Bereiche von Social Business und auch die Bildung und auch die profunde betriebliche Bildung, die wir in Deutschland haben, auch und gerade im landwirtschaftlichen Bereich in den ländlichen Regionen unterstützen können. Auch in Deutschland wurde der Hunger durch eine landwirtschaftliche Bildung der Bauern abgeschafft. Also Sie sehen, ist es wichtig, dass das Recht auf Nahrung, dem Sie sich heute so



gewidmet haben, in allen Bereichen Ihrer Tätigkeit verankert wird und wir danken Ihnen dafür, oder ich danke Ihnen, dass Sie das sowohl für die humanitäre Hilfe wie auch koordiniert mit der Entwicklungszusammenarbeit in den Fokus Ihrer Tätigkeit getan haben. Nur Politisches und finanzielles Commitment wird ein Recht auf Nahrung in der Welt verankern können. Herzlichen Dank.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Schneider.

SVe **Sarah Schneider**: Ja, mit Blick auf alles, was wir heute besprochen haben, akute Krisen, aber auch strukturelle Ursachen, ist das Ziel „Null Hunger“ eigentlich kaum noch zu erreichen. Die Vereinten Nationen warnen, dass es nur mehr durch eine entschiedene und schnelle Transformation der Ernährungssysteme noch erreicht werden kann. Wir haben heute auch gesagt, das ist eine Frage des politischen Willens. Insofern kann man das nur bekräftigen, dass mit diesem politischen Willen, Wege eingeschlagen werden, die tatsächlich auch eine Transformation des Agrar- und Ernährungssystems herbeiführen können. Und zwar eine grundsätzliche Transformation, nicht nur eine graduelle Optimierung des bestehenden Systems. Dafür sind wichtige Hebel einmal, dass weniger Fläche für Futtermittel, Futtermittelimporte und für Biosprit genutzt wird. Entsprechend muss aber auch runtergegangen werden mit dem Tierbestand und auch beim Fleischkonsum. Es braucht einen diversifizierten Anbau von gesunden und nährstoffreichen Lebensmitteln in biodiversen und resilienten Agrarökosystemen. Und es gilt, lokale und regionale Ernährungssysteme zu stärken und Abhängigkeiten von Importen, aber auch von externen Betriebsmitteln zu überwinden. Der systemische Ansatz der Agrarökologie ist hier ein zentraler Hebel, der für diese Transformation auf jeden Fall genutzt werden sollte. Er ermöglicht mehr Biodiversität und mehr CO<sub>2</sub> Speicherung auf landwirtschaftlich genutzter Fläche. Agrarökologie ermöglicht die Erzeugung von vielfältiger gesunder Nahrung. Der Ansatz ermöglicht außerdem eine relevante Ertragssteigerung, insbesondere für die kleinbäuerlichen Haushalte, die ja einen relevanten Anteil der ernährungsunsicheren Gruppe ausmachen. Das heißt, wir haben hier

großes Potenzial, das genutzt werden sollte und worauf sich die Bundesregierung ja auch im Koalitionsvertrag geeinigt hat. Dieses Engagement für mehr Agrarökologie als Entwicklungsansatz, das gilt es zu bestärken und weiter auszubauen. Auch der Kampf gegen Armut und Ungleichheit muss entschiedener werden. Es gilt auch, das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen. Und es braucht auch strukturelle Maßnahmen, die Menschen im globalen Süden und ihren Regierungen mehr Spielraum geben, sich selbst aus Armut und Hunger zu befreien. Dazu zählen umfassende Schuldenerlasse für hochverschuldete Länder sowie auch die Weichenstellung für ein internationales Insolvenzverfahren, sodass Regierungen Hunger und Armut aus eigener Kraft begegnen können. Wichtig ist auch die Verwirklichung der Rechte der ausgegrenzten und benachteiligten Menschen. Das muss an erster Stelle stehen. Betroffenen muss eine Stimme gegeben werden und den Hungernden und Vielernährten muss die Rolle von aktiv handelnden Subjekten in der globalen Hungerpolitik zugestanden werden.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann erteile ich jetzt Herrn Rück das Wort.

SV **Johannes Rück**: Ja, die Stärkung von WASH steht ebenso im Koalitionsvertrag der Ampel. Darüber hatten wir uns gefreut. Wir sehen Wasser stark verankert in der neuen nationalen Sicherheitsstrategie. Wir haben eine neue nationale Wasserstrategie und die geht auch über den nationalen Rahmen hinaus und benennt auch das internationale Feld der Wasserkooperation als ein Handlungsfeld. Nun sehen wir diese Grundlagen, aber denken, es ist Zeit „walk the talk“, wir müssen wirklich Taten folgen lassen. Die Strategien zeigen alle, dass Wasser multisektoral gedacht werden muss, beispielsweise verzahnt mit Ernährungssicherheit und Food Security. Und da können Sie, werte Abgeordnete, helfen, das in entsprechende Ausschüsse zu tragen und auch Rechenschaft von den betreffenden Ressorts einzufordern. Da muss der Auftrag gestärkt werden und die Wasserkrise wirklich zur Priorität auch gemacht werden. Nach 46 Jahren gab es im März die erste UN-Wasserkonferenz auf Staatenebene. 46 Jahre, das zeigt einiges. Es gibt keinen zwischenstaatlichen Prozess, der Staaten dazu



bringt, ambitioniertere Ziele zu setzen und über das SDG-Framework hinaus Rechenschaft über solche Ziele abzulegen. Gerade das BMUV, das hier die Federführung hat, sollte sich da mehr für einsetzen. Eine Möglichkeit wäre die nächste UN-Wasserkonferenz, die für 2026 festgelegt ist, zu hosten und sich in dem Prozess dann für eine stärkere UN-Architektur einzusetzen. Anderer Bereich sind die Menschenrechte. Das Auswärtige Amt in Deutschland hat bedeutende Arbeit geleistet, um die sehr guten normativen Grundlagen in diesen Menschenrechten zu definieren und auf der UN-Ebene durchzubringen. Und nun haben wir das Menschenrecht, aber wenn man dem folgt, dann heißt es zuerst progressiv Ungleichheiten beseitigen. Und da sehen wir nicht, dass das Portfolio gerade im Entwicklungsbereich dem so richtig Rechnung trägt. Das habe ich ja auch schon benannt. Frauen könnten da noch ganz anders in den Blick genommen werden. WASH Systeme, in denen sie in der Governance repräsentiert sind, Frauen zeigen bessere Ergebnisse, berücksichtigen ihre Bedürfnisse besser. Nehmen Sie die Menstruation, fehlt das in Schulen, bleiben Mädchen während der Periode der Schule fern. Wir brauchen also mehr Ambition und haben bedeutende Potenziale im Sektor. Starke Zivilgesellschaft, eine starke Wasserwirtschaft, starke Versorger auf kommunaler Ebene. Und das müssen wir miteinander voranbringen. Und bitte wenden Sie sich an den Haushaltsausschuss, um die Kürzungen zu begrenzen. Danke.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank für den Appell, Herr Professor Dr. Qaim.

SV Prof. Dr. **Matin Qaim**: Ja, eine Welt ohne Hunger und Mangelernährung ist möglich. Aber es ist eine riesige Herausforderung und zwar nicht nur mit Blick auf Ernährung und menschliche Gesundheit, sondern wir müssen auf jeden Fall Umwelt und Klima mitdenken. Nicht nur weil das Ernährungssystem enorme Auswirkungen hat auf Umwelt und Klima, sondern umgekehrt, weil diese Umwelt und Klimaprobleme natürlich wiederum auf das Ernährungssystem besonders starke Auswirkungen haben. Das heißt, es ist möglich, aber nicht, ohne dass wir massive Veränderungen haben darin, wie wir Lebensmittel produzieren, verteilen und konsumieren. Und

zwar überall. Die Landwirtschaft und die Ernährungssysteme im globalen Süden, vor allen Dingen in Afrika, spielen natürlich eine besondere Rolle. Sie brauchen enorme Investitionen in Infrastruktur, Technologie, Bildung, Beratung, Institutionen. Das vor allen Dingen mit Blick auf den Kleinbauernsektor. Das erfordert natürlich politischen Willen, das erfordert auch Finanzen. Hier muss auch die internationale Gebergemeinschaft natürlich bereit sein, mehr und solide langfristig zu finanzieren. Ein Finanzmitteltopf, der übrigens in normalen Jahren in die Förderung von Landwirtschaft gesteckt werden kann, wo es auch sicherlich sinnvoll ist, darüber nachzudenken in Jahren mit besonderen Krisen und hohen Preisen das stärker in humanitäre Hilfe umzumünzen. Aber ein solider Topf für dieses enorm wichtige Ziel wird benötigt. Und da muss natürlich Deutschland nicht nur seinen Beitrag leisten, sondern könnte hier eine wichtige Vorreiterrolle spielen. Wir sollten aber auch erkennen, dass selbst dann, wenn es uns gelingt, und ich hoffe das tut es, in Afrika die Landwirtschaft zu stärken, viele Länder in Afrika dennoch nicht in der Lage sein werden, ihre eigene Ernährungssicherung durch lokale Produktion sicherzustellen. Das ist auch nichts Schlimmes, wenn wir ein vernünftiges offenes Handelssystem haben, wo Handel fair stattfindet. Handel wird gerade vor dem Hintergrund des Klimawandels weiter eine Bedeutung spielen. Und deswegen kann und sollte es nicht das Ziel afrikanischer Staaten sein, Selbstversorgung mit Lebensmitteln um jeden Preis betreiben zu müssen. Das ist kein Widerspruch. Die Landwirtschaft zu stärken und trotzdem eben auch weiter ein faires Handelssystem zu haben. Aber wenn wir uns anschauen, wo sind denn eigentlich die Gunststandorte und wo sind eigentlich diejenigen Standorte, die landwirtschaftlich am wenigsten stark negativ betroffen vom Klimawandel sein werden? Dann gehört Europa dazu. Und deswegen bringt das natürlich auch internationale Verantwortung mit sich, dass wir auch hier in Europa weiter produktiv und umweltfreundlich Landwirtschaft betreiben und mit den Ressourcen sorgfältig umgehen. Ja, das verlangt Veränderungen im Konsum, nachhaltiger zu werden, weniger auf Biosprit zu setzen, weniger tierische Produkte. Aber es erfordert eben auch eine größere Offenheit



für nachhaltige Technologien, die bewiesenermaßen einen wesentlichen Beitrag leisten können, auch Umweltfreundlichkeit und Produktivität zusammenzubringen. Und das heißt, dass wir auch in unserer Technologiepolitik hier offener werden müssen und ich möchte noch nochmal, weil es die Aktualität hat, das Thema genomische Züchtungstechnologien ansprechen. Der Vorschlag der EU-Kommission ist ein guter Kompromiss und ich würde mir wünschen, dass er auch eine politische Mehrheit erfährt. Vielen Dank.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Sie sehen mein entspanntes Zeitmanagement lässt mich auch Überziehung erdulden. Herr Kowatsch.

**SV Bernhard Kowatsch**: Ja, vielen Dank. Es ist eine sehr gute Überleitung für mich. Wir stehen vor sehr großen Herausforderungen, gerade in der humanitären Hilfe, um eine Welt ohne Hunger zu erreichen. Dementsprechend braucht es verschiedene Anstrengungen, systemische Anstrengungen natürlich. Es braucht auch mehr Geldmittel. Innovationen können ein Aspekt dessen sein, was uns weiter dorthin bringt, wie wir auch mit nicht ausreichend Geldmitteln trotzdem Fortschritt erreichen können. Sei es, weil es einen Multiplikator gibt, sei es, weil wir mit der Privatwirtschaft oder mit neuen Lösungsansätzen arbeiten. Also wir haben im World Food Programme und mit den Partnern, mit denen wir arbeiten, schon gezeigt, - 37 Millionen Menschen wurden schon positiv beeinflusst durch die Innovationen, die wir unterstützt haben. Dementsprechend ist es auch wichtig, weiter darin zu investieren. Meine Überlegungen diesbezüglich richten sich insbesondere auch an die deutsche Bundesregierung. Es ist interessant, zu überlegen, wie die Pionierarbeit, die Deutschland schon geleistet hat in der Innovationsarbeit, der humanitären Hilfe, wie kann man das weiter ausbauen. Sei es jetzt international in der EU, in internationalen Finanzinstitutionen. Kann man da auch noch weiter dafür eintreten und auch mit den Geldmitteln dann eben alle Multiplikatoren erfassen. Der zweite Punkt ist, Investition in Innovationen führt zu Effizienz und Effektivitätssteigerungen. Das heißt, ich habe es

erwähnt, 50 Millionen Dollar, die wir gespart haben, die reinvestiert wurden. Wir haben auch Beispiele, R4, eine Innovation mit der Privatwirtschaft, Versicherungen für Kleinbauern, wo in Summe acht Millionen Dollar an Kleinbauern an Prämien ausgezahlt wurden, von denen sie profitiert haben, wo wiederum weniger humanitäre Hilfe aufgrund von Dürren dann notwendig wäre. Unser dritter Punkt ist: Ich glaube Innovationen haben auch den Aspekt der Hoffnung. Und die sind auch sehr greifbar, sowohl in der Zivilbevölkerung als auch, in den Medien. Und ich glaube, es ist auch eine Notwendigkeit zu sagen, Business as usual kann so nicht weitergehen. Wir müssen in die Zukunft gehen. Wir müssen die Technologien, die wir in der Privatwirtschaft sehen, auch in der humanitären Hilfe anwenden. Und vielleicht als Beispiel dazu nur eines der Start-ups, das wir unterstützt haben: Takachar. Die haben eine Maschine entwickelt, mit der sie Erntereste in Biodünger umwandeln können, an den Hoftoren der Kleinbauern. Wir haben sie zuerst unterstützt in Indien. Wir expandieren mit dem Start-up jetzt im Irak und in Kenia. Inzwischen haben sie Start-Up-Finanzierung bekommen von Elon Musk, Bill Gates, Michael Bloomberg und sie haben den Earthshot Prize gewonnen. Also ein gutes Beispiel dafür, dass wir einerseits Klimawandel bekämpfen, gleichzeitig aber auch das Einkommen von Kleinbauern erhöhen und Nothilfe vermeiden können. Vielen herzlichen Dank.

Der **stv. Vorsitzende**: Wir haben zu danken und kommen nun zu Dr. Martin Frick.

**SV Dr. Martin Frick**: Ja, vielen Dank. Ich habe das Privileg, spät zu kommen, in einer Runde, in der ich fleißig genickt habe. Ich hoffe, Sie haben das bemerkt. Der Grad der Übereinstimmung ist geradezu erstaunlich, wenn man so viele Expertinnen und Experten um den Tisch hat. Ich kann mich ganz, ganz vielem anschließen, was schon gesagt worden ist und vielleicht drei Punkte dazu noch machen. Das eine ist, was die letzten Jahre gezeigt haben, dass humanitäre Hilfe und vor allem humanitäre Hilfe im Bereich Ernährungssicherung keine Nische mehr ist. Das ist Kernaußenpolitik. Das war beherrschendes Thema



in der Generalversammlung. Das war mit deutscher Hilfe großes Thema in den G7, in den G20. Professor Qaim hat die Global Alliance for Food Security erwähnt. Auch das ist ein Zeichen dafür, dass wir tatsächlich auf dem Niveau Staats- und Regierungschefs mit diesen Themen angekommen sind. Und das ist auch genau richtig so, denn es geht nicht um Barmherzigkeit einigen armen Menschen gegenüber. Darum geht es auch. Aber es geht eigentlich im Wesentlichen darum, eine regelbasierte, stabile Welt zu erhalten, während die Kräfte, die immer stärker werden, die ein Interesse an einer Destabilisierung haben, nicht Ruhe geben. Und das ist auch schon ein Kernpunkt, was ich sagen will. Natürlich kann mit humanitärer Hilfe keine Krise beendet werden, aber wenn man Menschen im Stich lässt, gibt es durchaus andere Kräfte, die sehr gern in so ein Machtvakuum hineingehen. Unser Interesse lautet Stabilisierung. Es gibt aber andere Kräfte, deren Interesse lautet Destabilisierung. Ich glaube, der zweite Punkt, der sehr wichtig ist, ist systemisches Denken und das haben auch alle Expertinnen und Experten gesagt. Wir müssen die Dinge zusammen bekommen, wir können nicht den Steuergeldtopf A nehmen, um Klimawandel zu bekämpfen. Topf B, um Stabilisierung zu erreichen, Topf C für die humanitäre Hilfe. Das gehört zusammen. Das muss zusammen gedacht werden. Und da hat Deutschland und das ist sehr, sehr lobenswert, Meinungsführerschaft gezeigt und sollte es auch weiterhin tun. Und dann muss man sich bewusst sein, es ist natürlich nicht nur so, dass einem reichen G7 Land, das gut zu Gesicht steht, international zu helfen und dass das auch anerkannt wird, sondern was Deutschland tut, hat eben auch Signalwirkung für andere Geber. Mein alter Chef David Beasley hat immer wieder betont, wie wichtig es auch ist, beim amerikanischen Kongress sagen zu können, ihr seid nicht die einzigen, die Hilfe leisten. Die Deutschen steigen da massiv ein. Diese Signalwirkung gibt es weiter. Ich habe eine kleine Erfolgsgeschichte: Frankreich war 2018 bei ziemlich lächerlichen – Entschuldigung – 20 Millionen Beitrag für das World Food Programme. Dieses Jahr sehen wir 160 Millionen. Da wird also durchaus auch wahrgenommen von anderen, wie Deutschland agiert. Mein spektakulärstes Beispiel: Slowenien ist von 80.000€ auf

1,6 Millionen hoch. Das ist eine Verzwanzigfachung der Beiträge. Auch so etwas passiert, weil die Leute eben nach Deutschland schauen: Wie handelt die Bundesregierung, wie handelt das Parlament hier? Und das hat eben auch einen entscheidenden Einfluss, wie europäisch und international Politik gemacht wird. Vielen Dank!

**Der stv. Vorsitzende:** Wir haben zu danken. Zum Schluss erteile ich das Wort Frau Professor Douhan.

**Sve Prof. Alena Douhan:** Vielen Dank. Ich bin sehr froh, dass bei dieser Diskussion unter allen Experten Einigkeit über die Notwendigkeit eines systematischen Ansatzes sowie eines sehr sorgfältigen Vorgehens bei der Bereitstellung humanitärer Hilfe herrscht. Denn im Bereich der Ernährungssicherung ist es oft, insbesondere in humanitären Krisensituationen oder nach Naturkatastrophen, nicht möglich, dafür zu sorgen, dass niemand zurückbleibt. Aus diesem Grund möchte ich einige Faktoren erwähnen, die sich auf die Auswirkungen unilateraler Sanktionen und der übermäßigen Einhaltung von Auflagen zur Bereitstellung humanitärer Hilfe beziehen. Diese Faktoren habe ich auch wiederholt der Europäischen Kommission sowie der Mission der Europäischen Union in Genf mitgeteilt. Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten berufen sich häufig auf humanitäre Ausnahmeregelungen, die die Lieferung von Nahrungsmitteln und Medikamenten erlauben. Leider erweist sich die Umsetzung dieser Ausnahmen in der Praxis als sehr kompliziert und oft nicht möglich. Es gibt sie also wirklich, aber in der Praxis sind sie weder effektiv noch effizient. Dafür gibt es eine Vielzahl von Gründen. Zunächst einmal ist der Wortlaut dieser Ausnahmeregelungen sehr verworren und kompliziert. Es handelt sich um Befreiungen, Ausnahmen, Sonder- oder Ausnahmeregelungen. In Wirklichkeit wissen die humanitären Hilfskräfte oft nicht einmal, was genau sie tun sollen und wofür sie sich einsetzen sollen. Zweitens müssen in vielen Fällen mehrere Genehmigungen für eine einzige Lieferung eingeholt werden. Der gesamte Dokumentationsprozess ist so kompliziert und langwierig, dass das gesamte Geld, das für humanitäre Zwecke bereitgestellt werden konnte, für



die Bezahlung der Personen aufgewendet wird, die diese Aufgaben erledigen. Im Grunde genommen wird die Lieferung also nicht ausgeführt. Drittens: Der Begriff „humanitär“ wird sehr eng ausgelegt und bezieht sich nur auf Nahrungsmittel und Medikamente. In Wirklichkeit sind weder Düngemittel noch Saatgut, Wasseraufbereitungsanlagen, die für die Instandhaltung der Wasserpumpstationen, Elektrizitätswerke oder Bewässerungsanlagen erforderlichen Ersatzteile und Ausrüstungen enthalten. Diese Güter werden im Rahmen der UN-Richtlinien für humanitäre Hilfe als Entwicklungsprojekte eingestuft, für die schlicht keine Genehmigungen erteilt werden. Aus diesem Grund ist es nicht möglich, den sanktionierten Ländern dabei zu helfen, eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Sie sind in diesem speziellen Fall ausschließlich von den Lieferungen abhängig. Und der letzte Punkt: Selbst bei Nahrungsmitteln und Medikamenten ist die Versorgung sehr kompliziert, weil es unmöglich ist, sie zu bezahlen, zu liefern und zu

garantieren. Aufgrund all dieser Herausforderungen werden die humanitären Hilfskräfte mit zahlreichen Verzögerungen konfrontiert, während sich die Kosten verdreifachen bis verfünffachen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Der **stv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Wir sind damit ans Ende unserer heutigen Anhörungssitzung gekommen. Ich möchte mich ausdrücklich bei allen Sachverständigen für Ihre Expertise bedanken. Ich denke, es war mal wieder horizont-erweiternd und hat uns bestimmt auch den einen oder anderen wichtigen Anstoß gegeben, in unserer parlamentarischen Arbeit gerade vor dem Hintergrund anstehender vertiefter Haushaltsberatungen einen entsprechenden Input bekommen zu haben. Ich bedanke mich ganz herzlich und wünsche Ihnen einen schönen Feierabend. Die Sitzung ist geschlossen.



Schluss der Sitzung: 16:37 Uhr

Norbert Altenkamp, MdB  
**stellvertretender Vorsitzender**